

Volkswacht

für Schlessen · Organ für die werktätige Bevölkerung

**FRIEDE
FREIHEIT
SOZIALISMUS**

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiassstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, S. Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haus abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter.

17 Pf. Anzeigen unter münungs- und Wohnungs- en für die nächste Nummer je 4/6 oder in der Zweigstelle 217 39, Redaktion Nr. 217 38, a und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnummer 10 Pf.

44. Jahrgang

Mittwoch, den 22. Februar 1933

Nr. 42

Wahllüge der Nazis erledigt

Papen gegen die Nazi-Verleumdungen

**Papen erkennt die persönliche Sauberkeit Otto Brauns und Severings an
Die Nazi-Verleumdung von den zwei Millionen erneut als Lüge entlarvt
Auch Hitler schließt sich Papens Erklärung an**

Den Nazi-Agitatoren und der schwarz-weißen roten Presse ist zur Hege gegen die „Marxisten“ und zur Wahlpropaganda jedes Mittel recht.

Wiederholt haben die Minister des Papenkabinetts den Mitgliedern der Regierung Braun-Severing die persönliche und politische Lauterkeit öffentlich zugestanden und besonders den Charakter und die Reinheit von Braun und Severing gerühmt.

Jetzt nichts! Heute nennt die Nazi-Presse dieselben Männer „Diebe“ und an den Plakatwänden ist jetzt zu lesen, daß sie zwei Millionen Mark aus der Staatskasse zu unlauteren Zwecken hätten verschwinden lassen.

Heute können wir die Tatsache vorzeichnen, daß Hitler und Papen gezwungen waren, die Beleidigungen gegen Braun-Severing und den Betrugsversuch an den Wählern zu bedauern. Es bedurfte eines Ganges des preussischen Ministerialdirektors Brecht zu Papen, um die Agitationslügen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen an den Pranger zu stellen.

Auf die Vorstellungen Brechts wiederholte Vizekanzler v. Papen seine am 30. Oktober 1932 dem Ministerpräsidenten gegenüber abgegebene Erklärung, „daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des Preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt habe“

und daß er den in der Öffentlichkeit beschrittenen Weg persönlicher Ehrenräufung bedauere. Er nahm von den weiteren Mitteilungen Kenntnis und verwies im übrigen darauf, daß die Kommissare des Reiches zur Klärung der Angelegenheit das Gutachten der Oberrechnungskammer eingefordert hätten, vor dessen Eingang er im übrigen in der Sache nicht Stellung nehmen und in die Wahlpropaganda nicht eingreifen könne. Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte, daß die Staatsminister mit der Einforderung des Gutachtens der Oberrechnungskammer durchaus einverstanden seien, aber dagegen Verwahrung einlegten, daß in der Wahlpropaganda das Ergebnis dieses Gutachtens zu ihren Ungunsten vorweg genommen werde.

Reichskanzler Hitler und Vizekanzler v. Papen haben sich mit dem Wortlaut der vorstehenden Mitteilung über die Unterredung einverstanden erklärt. Besser konnte der neueste Harzburger Schwindel kaum entlarvt werden.

Im Anschluß an die vorerwähnte Besprechung hat Staatssekretär Dr. Robis, der Urheber des jetzt von den Nazis platzierten Protokolls über eine Staatsministerial-Sitzung, folgendes Schreiben an Ministerialdirektor Dr. Brecht gerichtet:

„Ihrem Wunsche entsprechend bestätige ich, daß nach meiner Ueberzeugung irgendein Vorwurf gegen die persönliche Integrität der an dem Beschluß vom 6. April v. J. beteiligten Minister völlig ausgeschlossen ist; etwas derartiges kann auch nicht aus der Aufzeichnung vom 30. Juli entnommen werden. Ich bestätige Ihnen ferner, daß die Niederschrift über die fragliche Sitzung Anfang September zu den Akten des St. Min. gelangt ist. Ich stelle Ihnen anheim, von diesem Briefe den Gebrauch zu machen, den Sie für richtig halten.“

Mit diesen beiden amtlichen Erklärungen bricht eine der niedrigsten Wahllügen gegen den „Marxismus“ zusammen.

Württemberg stellt Freid

Freid soll seine Vorwürfe belegen

Stuttgart, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Am Sonntag hat Reichsinnenminister Dr. Freid in Dresden schwere Angriffe gegen die württembergische Regierung gerichtet. Die Regierung Böhm hat daraufhin ihren Berliner Vertreter beauftragt, den Reichsinnenminister um Auskunft über den genauen Inhalt seiner Rede zu ersuchen, da ihr die nach den Presseberichten

von ihm erhobenen Vorwürfe unbegründet erscheinen. Die Polizei sei an der Störung der Uebertragung der Stuttgarter Rede Adolf Hitlers auf den Rundfunk nicht schuld und von einem „marxistischen Plakat“, das einem Reichsminister wider besseres Wissen Kriegsbrüderbergelei vorwerfe, sei ihr überhaupt nichts bekannt.

Auch der Staatsrat wird flagen!

Gegen die Reichsregierung

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Staatsrates beschloß heute am Dienstag mit einem gemeinsamen Antrag der

Sozialdemokratie und des Zentrums auf Einleitung einer Klage des Staatsrats beim Staatsgerichtshof wegen der Auflösung der Provinziallandtage, der Kommunalparlamente der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen und der Hohenzollernschen Lande sowie der Berliner Städtewahlversammlungen. Das sind die Kandidaten, von denen die Mitglieder des Staatsrates gewählt werden. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Der Verfassungsausschuß wird seine Beratungen am Donnerstag fortsetzen. Am Donnerstag nachmittag wird sich dann der Staatsrat mit der Angelegenheit befassen. Der Antrag dürfte angenommen werden.

VOR DREI MONATEN:



Ein nationalsozialistisches Plakat gegen Herrn von Papen aus dem Novemberwahlkampf.

Das jetzige Reichskabinett vereint Hitler und Papen!

Sind nun die Notverordnungen aufgehoben?

Sind nun die Lohn- und Renten Kürzungen beseitigt?

Gibt die Antwort: Am 5. März.

Sozialdemokraten, Liste

2

Dank des Vaterlandes?

Wie die plötzlich beschiedenen Nazis ihn verstehen Statt 500 Millionen nur 28 für die Kriegsofizer

Trotz großer wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten war es in der Nachkriegszeit unter dem stärksten Druck der Sozialdemokratie gelungen, das materielle Dasein der Kriegsofizer einigermaßen sicherzustellen und sie vor den größten Entbehrungen zu schützen.

Jährlich wurden weit über 1 1/2 Milliarden für die Versorgung der Kriegsofizer ausgegeben. Im Jahre 1928, unter der Regierung Hermann Müller, waren es über 1800 Millionen Mark.

Seitdem ist der Abbau der Kriegsversorgung vor allem unter der Regierung der Papen-Barone berat fortgeschritten, daß

im Jahre 1932 nur noch rund 1300 Millionen für die Kriegsofizer verwendet

wurden: eine Kürzung von rund 500 Millionen oder fast 30 %!

Die große Verbitterung, die diesem Unterstützungsabbau folgte, fand ihren Niederschlag in Anträgen, die im Reichstag zur Verbesserung des Loses der Kriegsofizer eingebracht wurden. Auch die nationalsozialistische Fraktion hat im Dezember 1932 Anträge gestellt, die die früheren Leistungen des Reiches für die Opfer des Krieges in vollem Umfang zurückverlangten. Danach sollten die durch den natürlichen Abgang in der Reichsversicherung eingesparten Mittel zur Sicherung einer gerechten Altersversorgung der Kriegsofizer bereitgestellt werden. Außerdem verlangten die Nationalsozialisten, daß die in früheren Jahren neben den Kriegrenten gewährten Unterstützungen aus der Invalidenversicherung in vollem Umfang wiederhergestellt werden.

Das war die Forderung der Nationalsozialisten im Dezember 1932, also vor etwa zehn Wochen. Inzwischen haben sie die Regierung übernommen. Jetzt hat die Hitler-Regierung eine Verordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversicherung erlassen. Sie paßt zu den Maßforderungen vom Dezember 1932 wie die Faust aufs Auge. Während die Nazisfraktion des Reichstages vor zehn Wochen der Meinung war, daß die Pflichten der deutschen Nation den Opfern des Krieges gegenüber in den Opfern und Leistungen des deutschen Soldatentums so ausschließlich begründet sind, daß kein Staatsnotstand dazu berechtigt, die Gegenleistungen der Nation den Kriegsofizieren durch Not-

verordnungen einzukürzen" (Reichstagsantrag Nr. 234), sind die Nazis inzwischen anderer Ansicht geworden.

Statt die Leistungen wieder einzuführen, die „marxistische“ Regierungen bis zu einer Höhe von 1800 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hatten, begnügt sich die Regierung Hitler damit, einen mikroskopisch kleinen Teil der bestehenden Härten aufzuheben. Die Leistungen der Kriegsversorgung werden nicht um 500 Millionen erhöht, wie es dem Stande von 1928 entsprechen würde, sondern um ganze 28 Millionen!

Was diese Summe bei einer Gesamtversorgung von jetzt jährlich 1800 Millionen Mark ausmacht, ist ohne weiteres einleuchtend und bedarf keiner näheren Erläuterung.

Es ist keine Rede mehr davon, daß die früheren Renten wieder hergestellt und eine Altersversorgung für die Kriegsofizer eingeführt wird. Es werden noch nicht einmal die Unterhaltungen aus der Sozialversicherung in vollem Umfang wieder aufgenommen. Von dem bisher ruhenden Gesamtbetrag dieser Invalidenrenten soll lediglich ein Drittel wieder gewährt werden. Außerdem soll die Altersgrenze für die Gewährung von Kinderzulagen und Waisenrenten vom 15. auf das 16. Lebensjahr erhöht werden. Vor der Papenschen Notverordnung war die Altersgrenze das 18. Lebensjahr.

Wie überall und auf allen Gebieten ist die Hitler-Regierung auch hinsichtlich der Kriegsofizer eine einzige Riesenenttäuschung für die, die die Anträge der Nazis ernst genommen hätten.

Sie können es sich überlegen, ob es Hohn, Ironie oder Dummheit ist, wenn der „Völkische Beobachter“ die neue Verordnung mit folgenden Worten begrüßt: „Der Dank des Vaterlandes... wird erst unter dem Regiment des Nationalismus und der Führung Adolf Hitlers für die alten Soldaten, die Gut und Blut für das Vaterland opferten, Wirklichkeit.“

Die zugelassenen Reichswahlvorschläge

Die Sozialdemokratische Partei hat 2

Der Reichswahlvorschlag, der am Dienstag mittig unter Vorsitz des Reichswahlleiters Prof. Dr. Wagemann nach Prüfung und Zulassung der Reichswahlvorschläge für die Reichstagswahl am 6. März zusammengetragen hat von den neun eingereichten Vorschlägen folgende acht zugelassen:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
3. Kommunistische Partei Deutschlands
4. Deutsche Zentrumspartei
5. Kampfbund Schwarz-Weißrot
6. Bayerische Volkspartei
7. Deutsche Volkspartei — Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) — Deutsche Bauernpartei — Deutsch-Hannoversche Partei
11. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund)

Die Nummern 8 bis 10 fallen aus, weil sie für andere im Reichstag bisher vertretene Parteien vorgeesehen waren, von denen keine eigenen Reichswahlvorschläge eingereicht worden sind. Nicht zugelassen wurde der Reichswahlvorschlag der „Sozialistischen Kampfgemeinschaft“, die auf Grund der Sammlung von 60 000 Unterschriften im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau einen eigenen, bereits zugelassenen Reichswahlvorschlag hat. Für die Reichsliste fehlten aber an den 20 notwendigen Unterschriften bei Ablauf der gesetzlichen Frist 16, die der Vertrauensmann, wie er in der Sitzung zugab, nicht rechtzeitig beschaffen konnte. Die Ablehnung erfolgte gegen die Stimme des bisherigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler.

Die Reichswahlvorschläge wurden wie üblich unter der Voraussetzung zugelassen, daß mindestens ein gültiger Reichswahlvorschlag angehängt ist.

In Preußen sind 7 Wahlvorschläge, und zwar in der gleichen Reihenfolge zugelassen wie im Reich.

„Kultur“-Bilder aus dem neuesten Deutschland

17 Schaufenster eingeschlagen — Ein echter Nazi-Christ

Essen, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Pressefelle des Essener Polizeipräsidiums teilt mit: „An der Geschäftsstelle des „Vormünder Generalanzeigers“ in Essen wurden zwei Schaufenster eingeschlagen, bei der „Essener Volkszeitung“ dem Essener Zentrumsorgan, elf Schaufenster eingeschlagen und bei dem Bankhaus Levy-Hirschland vier Schaufenster eingeschlagen von unbekanntem Täter zertrümmert.“

Frankfurt a. M., 21. Februar. (Eig. Drahtb.)

Der Frankfurter Nazigeistliche Probst, der vor einigen Wochen erklärte, daß er sich auch einen Christen mit der Waffe in der Hand im innerpolitischen Kampf vorstellen könne, hatte beim evangelischen Kirchenvorstand seiner Gemeinde den Antrag gestellt, den Katholiken Hitler in das Kirchengelände aufzunehmen, und zwar an der Stelle, wo früher für Kaiser Wilhelm gebetet wurde. Der Kirchenvorstand hat dem nicht stattgegeben.

Frankfurt a. M., 21. Februar. (Eig. Drahtb.)

Der Ueberfall der Nationalsozialisten der sich in der Nacht zum Sonntag in Frankfurt-Bodenheim abspielte, hat ein zweites Todesopfer gefordert. Auch der jetzt Verstorbenen gehörte der Kommunistischen Partei an. Im Zusammenhang mit dem Verbrechen hat die Polizei inzwischen einen Mann verhaftet, über dessen Person vorläufig jedoch Stillhaltebefehl besteht.

Hamburger Staatspartei lehnt ab

Keine Koalition mit den Nationalsozialisten

Die Deutsche Staatspartei teilt mit:

Die Mitteilungen aus Hamburg, wonach die dortige Staatspartei eine bürgerliche Koalition einschließlich der Nationalsozialisten mitmachen wolle, um eine Neubildung des Senats unter Ausschluß der Sozialdemokratie zustandzubringen und gleichzeitig die Auflösung der Bürgerschaft zu verhindern, haben sich als falsch erwiesen. Daß solche Vorfälle von rechts gestellt werden sind, ist ebenso richtig wie ihre Ablehnung durch die Hamburger Staatspartei. Der derzeitige regierende Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen würde übrigens, wie er uns zu erklären ermächtigt, auf einer solchen Grundlage weder einen Sitz im Senat übernehmen, noch sein Mandat in der Bürgerschaft behalten.

Jetzt will Hugenberg untersuchen

Hugenberg plant neuen Dsthilfe-Ausschuß — Er legt ihn aber zusammen, wie es ihm paßt — Das ist keine ernste Nachprüfung

Die Reichsregierung kündigt an, daß sie eine Kommission zur Prüfung der Mißbräuche in der Dsthilfe einsetzen will, dem acht Abgeordnete verschiedener Reichstagsfraktionen unter Ausschluß der Kommunisten angehören sollen. Als Vorsitzender dieser Regierungskommission ist der frühere deutsche nationale Reichswirtschaftsminister Reußhaus in Aussicht genommen.

Diese Wahl des Herrn Hugenberg ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Öffentlichkeit gegen eine Untersuchung zu heben, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsverfassung und durch das Haushaltsrecht des Deutschen Reiches geschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages ist das verfassungsmäßige Organ für solche Untersuchungen der Ueberwachungsausschuß. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ueberwachungsausschusses nicht weiter behindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungsausschuß ausfallen lassen, so kann eine Beteiligung der Regierungskommission zur Untersuchung der Dsthilfe schon insofern nicht in Frage kommen, als die Aufforderung Hugenbergs an die Abgeordneten zur Mitwirkung an dem von ihm eingeleiteten Ausschuh bisher keine Sicherungen für eine völlig objektive Untersuchung enthält. Auch ist nichts darüber bekannt, ob die Ergebnisse der Untersuchung der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen.

Der Ausschuh der Kommunisten von der Weiterführung der Untersuchung der Dsthilfe ist einseitig und unbegründet. Die Kommunisten haben im Haushaltsausschuß des Reichstages bei der Beratung über die Dsthilfe selbst tatkräftig mitgearbeitet. Die Arbeit einer Regierungskommission kann überdies das Recht und die Pflicht des Reichstages, die Untersuchung der für die Dsthilfe verausgabten Millionen

selbständig und unabhängig von der Reichsregierung zu prüfen, in keiner Weise ersetzen.

Beschwerde der Bayerischen Volkspartei bei Hindenburg

Der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Dr. Pfleger, der im Haushaltsausschuß des Reichstags an der Untersuchung des Dsthilfeandals mitgewirkt hat, beschwerte sich unter dem 14. Februar in einem Brief an den Reichspräsidenten darüber, daß die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses die im Haushaltsausschuß begonnene Prüfung der Dsthilfe durch die Sprengung des Ueberwachungsausschusses unmöglich gemacht haben. Sachlich stellt Pfleger in dem Brief fest:

Für denjenigen, der, wie ich, ohne vorgefaßte Meinung an die atemmäßige Prüfung der Durchführung des Dsthilfegesetzes in den örtlichen Gebietsstellen Preußens herangetreten ist, muß als nachgewiesen erachtet werden, daß entgegen den nationalpolitischen Grundgedanken des Dsthilfegesetzes nicht nur von Besitzern mehrerer großer Güter in überaus geschmackvoller Weise der Versuch — teilweise leider mit Erfolg — gemacht wurde, die Steuererlöse für eigene nützliche Zwecke zu ergattern, sondern auch, daß mitunter bei der Behandlung von Entschuldigungsanträgen von Großgrundbesitzern in einer Weise von den Behörden verfahren wurde, die mit dem Ziele der Dsthilfegesetzgebung unmöglich in Einklang gebracht werden kann.

Vom Büro des Reichspräsidenten ist dem Abgeordneten Pfleger lediglich mitgeteilt worden, daß diese Eingabe nach Kenntnisnahme dem Reichskanzler zum weiteren Befinden zugewiesen worden sei. Keine Abbilligung, nichts...

Auch meine Mutter freute sich nicht!

Fehlritte eines bayrischen Mädchens Von Eva Leidmann

Copyright 1932 by Zinnen-Verlag Basel, Leipzig, Wien

Es entstand eine peinliche Pause zwischen Emil und mir, und ich war durchaus nicht im Bilde. Aber etwas mußte schließlich gesagt werden, und so fragte ich: „Kann ich auch hier mithalten?“ — Diese Frage war großartig, weil sie Emil wieder zum Leben brachte.

Er sagte: „Bleibst du wünschst das gnädige Fräulein erst zu bedenken, dann könnten gnädige Fräulein gleich mit Herrn Mandel gemeinsam im Frühstückszimmer den Morgenbrot nehmen. Herr Mandel hat um halb acht, um acht Uhr pflegen Herr Mandel zu frühkochen.“

Emils Stimme war ganz verblüffert. Als war die Sache mit dem Fräulein in der Hauskapelle nicht ganz in Ordnung. Weshalb war sie eigentlich vor mir weggegangen? — Wahrscheinlich, weil sie und ich nicht angezogen waren. — Vielleicht war es eine Hausangestellte von Herrn Mandel, die ich noch nicht kannte. — Und sie wird bald fliegen, — dachte ich, denn ein zweites Frauenzimmer im Haus würde ich nicht dulden. Kurzweil konnte mein Freund Mandel das Geld für sie sparen. Das bisherige Arbeit würde ich mit Emil schon bewältigen. Schließlich mußte ich doch auch etwas verdienen und an eine neue Spinnstube denken, das war ich mirness seligen Wohltäter, dem Schweinehändler Kraft, schuldig, und auch mir selbst.

Romische Sitten und Gebräuche waren aber doch in diesem Haushalt. Das hätte ich mal bei Inspektors riskieren sollen, mit dem Popadjanter Meier, der mit immer nachsichtig, und der so gern die Marktsammlung vom Herrn Inspektor kennen lernen wollte, wenn ich schon zu Hans war, um halb fünf Uhr früh Kaffee zu trinken.

Herr Mandel freute sich ungemein über mein Bedürfnis nach Kultur, als er mich, während er mich noch schlafend glaubte, gebadet und duschiert in meinem Zimmer fand. Der Duft war allerdings unheimlich. Ich hatte ein wenig aus einer dicken Flasche probieren wollen, und dabei war sie mir umgefallen.

Mein Retter aber schimpfte gar nicht. Im Gegenteil, er lachte und er sagte, daß ihm schon lange kein Frühstück mehr so geschmeckt hätte als heute, in meiner Gesellschaft. Aber er nahm sich nicht richtig Zeit zum Essen, sondern hatte sich einen Bloß und mehrere Bleistifte und Kugeln und begann, nachdem er mich lange angesehen hatte, zu zeichnen.

Wann der Kinnon von der Schulter — Von beiden. — Nach die eine Brust frei. — Beide. — Sei nicht albern, Mädchen, und sichere nicht, es ist gar nicht zum Lachen! — Herr Mandels Stimme klang beschleunigt. Ich hatte doch die Sache mit der Brust gar nicht kapieret, weil man bei uns daheim in Bayern zur Brust „Herz“ sagt. Ich wagte aber keinen Mund, weil mein Retter ganz verblüffert und wütend ausah, gar nicht so, als ob er im Sinn hätte, einen Ruf von mir zu verlangen. Und darauf wartete ich.

„So erzähl mir etwas von dir, Kleine!“

Er erzählte ich ihm dann, daß ich heute schon um halb fünf in der Hauskapelle gewesen wäre.

„Wo bist du gewesen?“

„In der Hauskapelle und...“

„Ja so! In meinem göttlichen Atelier, bei meiner Sammlung“, sagte Herr Mandel.

Sammlung! Da war ich sofort in meinem Element. Ich war nicht weniger ein Jahr Dienstmädchen bei einem berühmten Malermeister gewesen. Ich fragte Herrn Mandel, ob ich auf die Sammlung passende Gebilde auswendig lernen sollte, und um ihn für die Sache zu interessieren, sagte ich die häufigsten Sprüche der unsterblichen Malermeister herüber. Herr Mandel kam in blendende Laune und aus dem Grund hielt ich es für angebracht, über die Entlassung jenes Fräuleins zu reden, das mir eine gefährliche Krankheit zu sein schien; wenigstens ich es, aber in der Hauskapelle, noch nicht wieder gesehen hatte.

Ich sagte: Sie können diese Karten ruhig entlassen, Herr Mandel, denn ich kann nicht arbeiten. Auch lassen kann ich, besonders gut gelungener mir Schwerearbeiten mit Kraut, weil meine letzte Herr hat jeden Mittag Schwerearbeiten mit Kraut gesehen.

hat. Eventuell könnten sie auch Emil entlassen, und ich brauche zum Frühstück keine Eier und keinen Schinken, und unter dem Altar würde ich bestimmt nicht frühkochen und auch sonst nichts, weil ich mich der Sünden fürchten würde.“

Herr Mandel hörte einen Moment zu zeichnen auf. Er hatte nicht genau zugehört, so eifrig war er bei der Arbeit. Aber einiges hatte er doch wohl aufgefaßt, denn er sagte, wie ich auf die Idee von einem Mädchen käme, das entlassen werden sollte. Und daß außer mir kein weibliches Weser im Haus sei, und daß Emil das gar nicht dulden würde, weil er sich mit Mädchen schlecht vertrüge.

Ich sagte, daß ich dies nicht glaube, und daß ich heute morgen um halb fünf Uhr Emil im göttlichen Atelier angetroffen hätte mit einem Fräulein. — Herr Mandel zeichnete schon wieder weiter und zwischendurch erzählte er mir, daß es einen so zuverlässigen Diener wie den seinen, bestimmt ein zweitesmal nicht mehr gäbe. — Daß er schon zwei Aufwartefrauen, die Emil verlocken wollten, letztwegen entlassen hätte, und daß Emil die Mandelsche Sammlung behandeln würde, als wäre sie sein persönliches Eigentum.

Entlassen wollte ich keineswegs werden, und deshalb begann ich sofort von etwas anderem zu reden. Herr Mandel klingelte nach seinem Diener und sagte zu ihm, er möchte bei Madame Daidai anrufen, und ihr sagen, daß er, Mandel, sie mit keinem Besuch heute gegen Mittag mit dem Wagen abholen würde.

Ich fragte meinen Retter, wer diese Madame Daidai wäre und versicherte ihm, daß ich auch dieses Fräulein nicht werde leiden mögen, und wozu er mich eigentlich vom Roderberg fortgelockt hätte, nachdem er eine Braut nach der anderen bejahet. Dann sagte ich noch, Daidai wäre ein sehr überpanneter Name, und daß ich unter all den feinen Leuten, die ich in Mittering bei Inspektors kennen gelernt, noch nie einen so blöden Namen gehört hätte.

Herr Mandel lachte und sagte, Madame Daidai wäre seine geistige Freundin und die klügste Frau seines Kreises, und ich würde sie sehr schätzen lernen. — Ich wurde wütend und sagte zu meinem Freund, daß diese Engherz von ihm ein Irrtum sei. — Ich würde Daidai nie mögen und auch kein anderes Fräulein, das zu ihm käme.

(Fortsetzung folgt.)



Aus dem Stadtgebiet

Beilage

22. Februar 1933

Wegweiser für Renegaten

Unser schlesischer Heimatdichter Josef von Eichendorff gilt bekanntlich als einer der repräsentativen Dichter der deutschen Romantik. Aber im Lichte der Gegenwart erscheint Eichendorff doch mit manchen seiner Verse als wahrer Realist, das heißt Schilderer der nüchternen Wirklichkeit. Er war bekanntlich im Hauptberuf höherer Beamter und scheiterte seine Umwelt so genau beobachtet zu haben, daß seine Schilderung noch heute höchst aktuell wirkt. Eines seiner Gedichte trägt die Ueberschrift „Wegweiser“ und beginnt mit den Versen:

„Jetzt mußt du rechts dich schlagen,
Schieß dort und lausche hier,
Dann schnell drauf los im Jagd —
So wird noch was aus dir.“

Ein gewisser Strebertyp war also schon vor hundert Jahren vorhanden. Er hat damals schon dieselben Rezepte benutzt wie heute und die Ironie des alten Eichendorff paßt daher auch immer noch auf sie.

Der „Sozialismus“ der Nazis

Graf Reventlow verkündet die Ueberführung der Betriebe in „volksgenössische Hand“. — Sondergerichte für Marxisten stellt Brüdnier in Aussicht

Man kann nicht sagen, daß der Besuch der gestrigen Naziverammlung im Messehof einem „Aufbruch der Nation“ gleich. Es war noch manches Blähen zu haben. Das mag sicher auch an der angedünnten Rednerlei gelegen haben, weiß man doch, daß Graf Reventlow ein Vorkämpfer ist, der auch jetzt seinen radikalen Wortgebrauch noch nicht so schnell abgelegt hat, wie viele seiner „Bas“. Für die feinen Leute ist Reventlow deshalb heute unerträglich. Er nannte die Diktatur einen Emdal. (Hoffentlich ist von Herrn der „Schlesischen Zeitung“ bei diesen Ausführungen der Bleistift nicht abgebrochen.) Seine verschwommenen sozialistischen Uebungen gipfelten in der Erklärung, daß die Betriebe in „volksgenössische Hand“ überführt werden würden. Obwohl er selbst diesen unklaren Begriff nicht näher erläuterte, kann man schon sagen, daß Reventlow ein unverbesserlicher Optimist sein muß, wenn er seine Formeln noch selbst glauben sollte.

Größeres Geschick fuhr der zweite Redner, „Kommissar Ott“ und Leiter Brüdnier auf. Für Marxisten kündigte er Sondergerichte an, die notwendig seien, weil das preussische Justizministerium eine Filiale der Enragoge sei. Die Grenzen würde man sichern, damit die Marxisten nicht entzünden können. Aber man würde auch nicht alle Marxisten verfolgen. Den vom Marxismus Verführten würde man Gelegenheit geben, daß sie sich der NSDAP zuwenden können. Es wurde aber nicht nur mit den Marxisten abgerechnet. Brüdnier beschäftigte sich auch mit den gegenwärtigen Bundesgenossen der Nazis, den Leuten von der Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot, die er als die Reaktion zu bezeichnen beliebte. Er bedauerte, daß man mit ihnen verbündet sei, sonst würde er weniger höfliche Töne anschlagen. Das Ganze zeigte so richtig die Klemme, in der sich die „Arbeiterpartei“ befindet, die zwar die Stimmen der Profeten, sonst aber die Zusammenarbeit mit der Reaktion wünscht.

Sattlerlehrling haut Hundeweisichen

zum Kampf gegen den Marxismus

Welche Blüten die Naziske treibt, erfahren wir von dem Schicksal eines jungen Menschen, der bei einem Breslauer Sattlermeister in der Lehre stand und sein letztes Lehrgeld abholte. Auf irgend einem Wege ist der junge Mann mit den Nazis in Berührung gekommen. Die Brandreden und der Umgang mit letzen Gefinnungsgenossen hatten den jungen Burjden, der sicher noch nie etwas vom Marxismus gehört oder gelesen hat, zu einem erbitterten Feinde seiner eigenen Klasse gemacht. Mit der eifrigen Verbissenheit, die man gerade bei jugendlichen Draufgängern findet, wollte der Lehrling nun zum Kampf gegen den Marxismus etwas beisteuern und da er selbst nichts hatte, begann er seinem Lehrmeister die Hundeweisichen zu stehlen. Mit dieser Beute versorgte er nun ausgiebig das Braune Haus und wahrlich nicht nahmen seine Aufträge, die er dort erhielt, Formen an, daß die Diebereien bei seinem Lehrmeister nicht mehr unbemerkt bleiben konnten. Er wurde beobachtet und nachdem er mehrfach erwischt wurde, erteilte ihn jetzt das Schicksal. Er slog aus seiner Lehrstelle. Der Hinweis, daß er die Hundeweisichen nur gestohlen hat, um seine Freunde gegen die Marxisten auszurufen, hat ihn nicht vor dem Kaufschmick bewahrt. Nun sitzt der junge Burjden, der mehrere Lehrgeld hinter sich gebracht hat, auf der Straße. Die Seker in seiner Partei haben ihn aus der Lehrstelle gebracht.

Die Amtswalter werden abfragen

Zimpel und Bischofswalde ist von den Nazis zu persönlicher Bearbeitung in Zellen und Blods aufgeteilt worden und nun schickt man jedem Zimpeler einen Schreibbrief ins Haus, ob er sich nicht in die Reihen des „beginnenden Aufbaues“ eingliedern möchte. Zu dem Brief gibt es außerdem noch die Nazizeitung und die Anündigung, daß nächstens ein Amtswalter auf Besuch kommen wird. Diese Amtswalter werden aber keine „Werber“, sondern aufrechte deutsche Männer sein, die die offene Hand anbieten werden und nicht etwa mit geschlossener Faust kommen.

Für die deutschen Volksgenossen, die neben ihrem Bekenntnis zum Deutschtum auch ihre Ueberzeugungstreue als sozialistische Republikaner haben, wird die Antwort an den Herrn Amtswalter nicht schwer fallen. Man wird die Herren zu fragen wissen, ob ein Bekenntnis zur deutschen Republik etwas Undeutsches ist und der Herr Amtswalter wird weiter zu fragen sein, wie die so deutsche NSDAP überhaupt zu der Frage der Republik steht, um die sie stets herumzugehen versucht, wie die Kake um den heißen Brei.

Im übrigen empfiehlt es sich, die nachfragenden Herren Amtswalter auf die Ermordung unseres Kameraden Steinfeld und des Jugendgenossen Hanisch hinzuweisen, was man dann zugleich mit dem „glatten nein“ verbinden kann, weil man es als Angehöriger eines Kulturvolkes nicht fertigbringt, sich mit denen in eine Reihe zu stellen, die an die Wohnungstür zwar mit offener Hand kommen, die aber bei passender Gelegenheit einen Dolch in dieser gleichen Hand führen.

Erwerbslosen-Unterrichtskurse

Am Freitag, den 24. Februar, beginnt der Kursus „Handwerkler im Mittelalter“, der im Kunstgewerbemuseum, Graupenstraße, stattfindet. Den Kursus hat in Vertretung von Frau Dr. Hilbe Reiter Herr Zeigler, Lehrer Leidges übernommen. Der Kursus beginnt anstatt um 11 Uhr schon um 10 Uhr vormittags.

Die Teilnehmer werden gebeten, sich im Rathhof des Kunstgewerbemuseums zu sammeln.

Für Freiheit und Sozialismus!

Pollzeipräsident z. D. **Grzesinski** - Berlin

Prof. Dr. **Nöltning** - Frankfurt a. M.

Winzer M. d. L. / Parteivorsitzende **Zimmer** und **Swolinzky**
Parteisekretäre **Bretthorst** und **Kukieleczynski**

sprechen **Donnerstag, den 23. Februar, 20 Uhr, in**

7 öffentl. Kundgebungen

im Schießwerder, Wratlawia-Mauritiusplatz, Wollu, Frankfurter Straße, Jägerhof Gräbschener Str. 181, Kramer-Hartlieb, Laugwitz-Neukirch, „Blauer Hirsch“-Hundsfeld
Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Reservierte Plätze im Schießwerder RM 1.—

Kampfleitung der „Eisernen Front“, Groß-Breslau

Kohlen und Gewehrschäfte

Der Fortgang des sozialistischen Aufbaues

In der August-Kohlenkonferenz von 1919 in Berlin erklärten sich die Vertreter der Bergarbeiterverbände bereit, durch Ausdehnung der Schichten zur Erhöhung der Kohlenförderung beizutragen um der fürchterlichen Kohlennot der Nachkriegszeit zu begegnen und die Wirtschaft in Gang zu bringen. Dabei zeigte es sich aber, daß um diese Zeit

bereits mehr Kohle gefördert wurde, als die Eisenbahn mit ihrem vom Kriege vermillsteten Wagenmaterial befördern konnte.

Zur weiteren Behebung der Not wurde deshalb vorgeschlagen, die noch vorhandenen Wagen hauptsächlich den Eisenbahndirektionen zuzuteilen, in deren Bereich sich Kohlengruben befanden. Später sollten die Wagen in den Hauptgebieten des Kartoffel- und Rübenbaues stärkere Verwendung finden. Bis dahin könne wenigstens ein nennenswerter Teil des Kohlenbedarfs eingedeckt sein.

Die Kohlennot in Breslau

wurde aber auch noch dadurch verschärft, daß die Bahn allerlei Bedenken trug, genügend Wagen ins besetzte Oberschlesien zu schicken, aus Furcht, daß sie nicht prompt zurückkommen, sondern auch zum Warentransport in Polen mit benutzt werden würden. Und so ganz unbegründet wird diese Furcht auch nicht gewesen sein, denn in Polen war der Wagenmangel nicht geringer als bei uns. Zudem war in Oberschlesien ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, der zugleich auf wirtschaftliche und politische Gründe zurückzuführen war. Eine Stadtverordnetenversammlung vom 25. August 1919 war ganz besonders der Kohlenkatastrophe gewidmet. Die Gasperstunden waren verrückt worden. Die Polizeistunde war auf einen früheren Zeitpunkt verlegt und den Wirten auch Erziehungsbefugnis verboten worden. Auch die ganze Klammereinsparung war verboten. Die Straßenbahn kam an einem Tage völlig zum Erliegen. Der Betrieb im Gaswerk wurde mühsam dadurch aufrechterhalten, daß der Oberbürgermeister, selbst auf die Gefahr einer Bestrafung, die auf der Oder durch Breslau kommenden Ladungen des Reichsstaatenkommissars beschlagnahmte. Mit den Waldenburger Bergarbeitern wurde durch Vermittlung unserer Genossen ein Vertrag geschlossen, wonach die Stadt Breslau gegen Vorkauf von Lebensmitteln in Ueberkaufnahme geförderte Kohle erhielt. In der Stadtverordnetenversammlung wandte sich vor allem Genosse Zimmer, der spätere Oberpräsident entschiedene gegen die Strafandrohungen des Reichsstaatenkommissars und sprach dem Oberbürgermeister seinen Dank für den Kohlenraub auf der Oder aus.

Die gleiche Stadtverordnetenversammlung bewilligte noch eine weitere Million für die Errichtung von Notwohnungen und 200.000 Mark für landwirtschaftliche Kleinanstellungen auf dem städtischen Gut Wüstendorf.

Als weitere Zeugen des Wiederaufbaues seien registriert, daß es vom 10. August an, wieder Stiefeln ohne Bezugsliste gab. Am 20. August tauchte das erste neue Hartgeld auf, 50 Pfennigstücke aus Aluminium, die später durch Nickelstücke ersetzt wurden. Die Eisenbahndirektion Breslau meldete gegen Ende des Monats, daß ihr die ersten neuen Lokomotiven und Wagen, die nach dem Kriege gefertigt worden waren, zugeteilt wurden. Besonders begrüßt wurde aber die in der Nationalversammlung verabschiedete Kleinparten- und Landpachtordnung, nach der ohne wichtigen Grund kein Pächter mehr von seinem Pachtlande vertrieben werden konnte.

Zwischendurch enthüllte sich auch wieder einmal das alte System in seiner Kriegswirtschaft, die Deutschland mit zugrunde gerichtet hatte. Die Halbgoetter im Kriegsamt- und Kriegsministerium hatten „großartig“ gearbeitet. 4 1/2 Jahre lang hatten sie aus den Milliardenanleihen gewirtschaftet als ob das Geld überhaupt keine Rolle mehr spiele. Jeder der Halbgoetter fühlte sich in seiner Abteilung als der Konkurrent des anderen, von dem er sich nicht schlagen lassen dürfte.

Im Kriege hatte man so ziemlich alle Rohstoffe umgeschafft, um Gewehrschäfte zu fabrizieren. Dabei wurde das notwendige Maß um das Zehnfache überschritten.

Die Beschaffung der Gewehrschäfte war, wie der „Holzmarkt“ schrieb, während der ganzen Kriegszeit ein übles Kapitel. Nun stellte sich heraus, daß 16 1/2 Millionen Kilogramm Gewehrschäfte fertig dalagen, zu nichts anderem als zu Brennholz mehr brauchbar. Es waren

1 650 Waggons zu 200 Zentnern.

Biel wird das Reich dafür nicht bekommen haben, dem Volk aber war durch diesen einen Fall sinnloser Kriegswirtschaft allein ein Schaden von 25-30 Millionen zugefügt worden. Keine Woche verging, ohne daß ähnliche Fälle einer nutzlosen Kriegswirtschaft bekannt wurden. Aber das Volk vergaß alle diese Dinge nur zu schnell, sobald sich die Charlatane der Kriegswirtschaft allmählich wieder als Retter vor dem „Marxismus“ auspielen konnten.

Ausstellung „Heim und Mode“

findet auch in diesem Jahre statt

Der große, von allen Ausstellern gern anerkannte wirtschaftliche Erfolg der vorjährigen Ausstellung „Heim und Mode“ hat die Breslauer Messe- und Ausstellungsgesellschaft veranlaßt, auch in diesem Jahre wieder und zwar in der Zeit vom 18. März bis 2. April eine gleichartige Ausstellung unter demselben Namen im Messehof zu veranstalten. Wiederum haben sich namhafte Organisationen, vor allem der Deutsche Modefachverband und die Arbeitsgemeinschaft Breslauer Spezialgeschäfte in den Dienst des Gedankens gestellt und ihren Mitgliedern empfohlen, sich an der Ausstellung zu beteiligen. Die verfügbaren Plätze sind daher zum weitaus größten Teil bereits vergeben.

Mit der Ausstellung werden wiederum in größtem Umfange Modevorführungen der führenden Breslauer Firmen verbunden sein. Besonderem Interesse wird eine kulturgeschichtliche Schau begegnen, die „300 Jahre Mode“ in Porträts (Oelgemälden, Pastellbildern und Stichen) zeigen wird, beginnend ungefähr mit dem Jahre 1600 und fortgeführt bis zu unseren Tagen. Es werden also die Damen der Mode während dreier Jahrhunderte anschaulich vor Augen geführt werden. Diese Sonderveranstaltung wird das Obergeschoß des Messehofes aufnehmen.

Im Vorbergrunde der öffentlichen Erörterungen liegen zurzeit die Stedlungsfragen. Das hat Veranlassung gegeben, eine besondere Gruppe zusammenzustellen, in welcher die neuesten Formen der städtischen und ländlichen Stedlungen und insbesondere die Möglichkeiten zur Finanzierung von Eigenheimen für Privatleute gezeigt werden sollen. Kommtlich die preisgünstige Wohnungsbauvereine (Schlesische Heimstätte)

Beim Kaffeekochen ist die Hauptsache eine gute Kaffeewürzel! Darum nehme man immer

Mühlen Franck

Zu jedem Kaffee



mit ... der Heimstätte und solche von Privat- ...

Mit der Ausstellung ist wieder eine von dem Herrn Ober- ...

Kraftfahrer totgefahren

Gefährliche Unfall in der Fischerstraße

Die Straßenfläche verkehrslos gestern vormittag einen ...

Achtung, Literatur-Oblente!

Donnerstag, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, wichtige ...

Kant-Gesellschaft

Donnerstag, den 28. Februar, 20 Uhr, spricht in Matthias- ...

Der Lesesaal der Stadtbibliothek

wird wegen Umzuges vom 22. Februar bis 4. März dieses Jahres ...

Humboldtverein für Volkshilfen

Unsere nächsten Veranstaltungen sind Donnerstag, den ...

Remontfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Im Mittwoch-Programm fallen auf: die pädagogische ...

Theater und Musik

Theater für Kinder im Schauspielhaus

Am Sonnabend wurde Breslaus neuestes Bühnenunter- ...

Ge spielt wird, wie wir schon erwähnten, von Kindern. Die ...

Au jedem Sonnabend- und Sonntagmorgens werden von ...

Die Pflicht ruft!
Donnerstag, 10.30 Uhr
Öffentliche
Erwerbslosen-
Versammlung
Nöltling
spricht im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Öffentliche Rundgebungen
Freitag, 20 Uhr:
bei Ungewicht, Schmiedefeld, Redner: Winger, M. d. L.
bei Thiel, Neu-Stabelwitz, Redner: Alexander,
bei Wonnad, Deutsch-Alte, Neumarkter Straße: Öffentliche
Frauen-Versammlung, Rednerin: Auguste Kumerz,
M. d. L.
Sonnabend, 20 Uhr:
bei Hempe, Schweiß, Redner: Ernst Zimmer,
bei Kuschlich, Döwig: Öffentliche Erwerbslosen-
Versammlung, Redner: Kuffelejanski,
bei Langner, Kawallen, Redner: Swolinzky.

13. proletarische Morgenfeier
(Nikolaier)
Sonntag, den 26. Februar, 12.30 Uhr, Zentral-Theater,
Westendstraße 50/52
Film - Sprechchor - Rezitationen - Musik
Eintrittspreis 20 Pfennig.

Wahlloster
Die Pflicht eines jeden Parteigenossen
Der Bezirksparteitag hat einen Antrag des Bezirks-
vorstandes angenommen, für den Februar und März
wegen der bevorstehenden Wahlen doppelte Beiträge zu
erheben.
Die Extrabeiträge sind ebenfalls doppelt zu ent-
richten.
Wir erwarten von jedem Parteimitgliede, daß es
dieser selbstverständlichen Pflicht, wie schon bei früheren
Wahlkämpfen, nachkommt.
Die Kassierer sind angewiesen, bereits bei der Ein-
ziehung der Februar-Beiträge den doppelten Monats-
beitrag einzulassieren. Der Parteivorstand.

Breslauer Filmrevue
Kampf um Blond
Larenzien-Theater
„Kampf um Blond“, „Blonde bezogen“, Mädchen, die
verschwinden“. Unter diesen drei Titeln kann sich jeder den
passenden aussuchen. Aber nur der letzte sagt sofort, daß es
sich wieder einmal um einen Film handelt, der uns erzählt, was der
böse Mädchenhandel anzurichten imstande ist. Er beginnt sehr
geheimnisvoll mit der gegliederten Flucht zweier Mädchen aus
einem Erziehungsheim, die natürlich bei einer Frau landen, die
junge Mädchen nach anderen Erdteilen stappweise verschmachtet.
Als Tanztruppe engagiert, sollen die Mädchen lernen, sich so
nebenbei das nötige Kleingeld zu verdienen. Wenn sie sich nicht
freiwillig fügen, dann stehen den entmenschten Händlern sozusagen
alle nur denkbaren Mittel zur Verfügung, die Mädchen gefügig
zu machen. Und dann entsteht ein Film, der so etwas ausführlich
schildert. Und in ihm gibt es Kämpfe mit den Menschenhändlern.
Lutz, Flugzeug und Motorboot werden in Bewegung gebracht,
damit die Unschuld gerettet und ein paar wirklich glückliche Paare
zum Schluss zur Verfügung stehen. Da in diesem Film ein
Mädchen verheiratet wird, das ausgesprochen hübsch und
auch in ihrer Not sofort einen hübschen Verteidiger findet,
heißt jetzt der Film „Kampf um Blond“. Das zieht mehr in der
augenblicklich anziehend eingestellten Zeit.

Arbeiter-Sport
Lehrer-Verein „Die Naturfreunde“
Säulenfest, Donnerstag, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Wichtige Zusammenkunft. Mitglieder, die Interesse an der Ar-
beit in der Sektion haben, sind willkommen.
Wahrsager
Freie Schwimmer Breslau e. B. Frauenaussflug, Treff-
punkt Sonntag, 14 Uhr, Hindenburgbrücke. Rannerausflug,
Treffpunkt Sonntag, 14 Uhr, Einflughalle Linie 18 (Jampel).
Abteilung Nord, Wasserballervereinigung Donnerstag,
20 Uhr, Gewerkschaftshaus, anschließend Handballervereinigung.
Alle Jugendlichen Freitag in der Turnhalle Poststraße.
Kinderabteilung Nord, Sonntag Wanderung, Treffpunkt
14 Uhr, Kleinbahnhof. Wir sind bei Dunkelheit zurück.
Antifischer Wetterdienst
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kleinern
Wetterdienst besteht aus ...
Wetterdienst für den ...
Wetterdienst für den ...

Sozialdemokratische Partei
Partei-Ordnung:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-110
Leitung Nummer 3000-3005
Sonnabend von 1-4 Uhr
Kartens zur Ausgabung am Sonntag im Zirkus Saal und Gewerkschaftshaus
und sofort im Sekretariat ...
Erwerbslose Parteigenossen
Frauenleiterinnen
Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler
Sozialistische Arbeiterjugend

Freigewerkschaftliches Jugendblatt
An alle Gruppen, Sonntag, den 26. Februar, 19 Uhr, im Städtischen
Jugendheim an der Matthiasstraße ein Jugendkulturbund. Wir zeigen Filme,
Baugewerkschaften, heute 20 Uhr im Jugendheim des Gewerkschaftshauses
einige ...
Wahrgewerkschaften, Donnerstag im Jugendheim des Gewer-
schaftshauses 20 Uhr den ...
Freitag 20 Uhr erzählt Kollege Schuber im Jugendheim seine Er-
lebnisse im Arbeitslager.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ordnung:
Sonntag, den 26. Februar, 12.30 Uhr, Zentral-Theater,
Westendstraße 50/52
Film - Sprechchor - Rezitationen - Musik
Eintrittspreis 20 Pfennig.

Konzerte, Theater, Vergnügungen
Städtisches (Opernhaus), heute 20 Uhr (Abonnements-Vorstellung ...)
„Damen o“ mit Rentur, Singer in der ...
„Lana o ...“ ...
„Lana o ...“ ...
„Lana o ...“ ...

Breslauer-Schlesische Klassenlotterie
Wie uns die Staatliche Lotterie-Einnahme ...
Breslau 5, gegenüber Wertheim, mitteilt, wurden folgende
Gewinne gezogen:
12. Ziehungstag 21. Februar 1933
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 R.
gezogen
2 Gewinne zu 25000 R. 187853
4 Gewinne zu 10000 R. 25604 60322 207607
14 Gewinne zu 5000 R. 52856 198350
23 Gewinne zu 2000 R. 139197 154477 232633 247918 249202
25 Gewinne zu 1000 R. 2709 25542 28398 28988 24502 72000
78515 103947 120679 150174 202447 250112 284960 297678 313102
368852 376460 371531
132 Gewinne zu 500 R. 15934 17287 21436 28063 38334 38681
38918 37530 45331 51795 56921 57641 75691 80207 87939 93757
102886 114812 115878 117545 120366 124283 134344 125050 148446
154459 158676 168918 187426 197325 180738 186701 192553
198320 197295 196306 200315 202225 207586 207792 208971 215629
219321 225449 229740 240947 244171 249782 257910 264779 271168
274721 277807 281224 281857 283066 281898 284264 287716 288962
294766 297922 300731 301870 306876
2 Gewinne zu 25000 R. 120147
4 Gewinne zu 10000 R. 158258 311946
14 Gewinne zu 5000 R. 87156 236237 262627 265090
32 Gewinne zu 2000 R. 10232 38453 61487 75625 176667 225594
260144 271180 282883 240073 372979
38 Gewinne zu 1000 R. 8838 10882 17286 23885 24849 163190
187275 206910 208301 228564 240371 260970 257786 294257 316384
316884 345390 348187 382272
100 Gewinne zu 1000 R. 4537 6542 8041 11966 36023 40608 61160
67631 67439 92780 92412 102112 124487 124960 127731 137828
141748 163240 168229 191633 194246 198419 198588 205223 223458
234705 238194 243385 244826 248114 249308 253184 251184 264723
264723 267286 268253 288125 291280 291280 291280 291280 291280
304232 312006 312006 312006 312006 312006 312006 312006 312006

Nationale Landstrecke ziehen durch schlesisches Land

Die nationalen Verbände sind nach Vorentscheid bekanntem Ausdruck von den aufbauwilligen Kräften neuerdings wieder in besonderer Weise als Staatsaufbauende charakterisiert und ihr Schutz den Organen der staatlichen Exekutive besonders, unter deutlicher Abgrenzung von den Organisationen, gegen deren Angehörigen sofort die Waffe zu gebrauchen ist, abgegrenzt worden. Wie die Staatsaufbauende Tätigkeit insbesondere der SA. in der Praxis aussieht, wurde in den letzten Tagen in den verschiedensten Gegenden der schlesischen Provinzen sehr überzeugend dargestellt. Wir haben die einzelnen Vorfälle nicht einzeln registriert, sondern bringen sie jetzt in einer kurzgefassten Uebersicht, da sich so noch weit anschaulicher die ununterbrochene Folge der gewalttätigen Aktionen erkennen läßt.

Den Feuerüberfall auf den Genossen **Marx Scheffel** von der „Volkzeitung“ für das Riesengebirge in Hirschberg hatten wir bereits in der vorigen Woche gemeldet. Nachzutragen ist hier, daß der „Riesengebirgsbeobachter“ am nächsten Tage prompt die Meldung verbreitete, Marx Scheffel und der Geschäftsführer der „Volkzeitung“, **Schlenker**, hätten die SA. überfallen. **Schlenker**, der zu dem Vorfall erst hinankam, als Marx Scheffel bereits in das Hotel „Drei Berge“ geflüchtet war, hat daraufhin eine einstweilige Verfügung gegen das Nazibüro erwirkt, das beschlagnahmt wurde. Bemerkenswert ist, daß bei einer Pressebesprechung unmissverständlich festgestellt wurde, daß die Wildwestmethoden des politischen Kampfes in Hirschberg erst diesen Umfang angenommen haben, seit der ickige Standardführer der SA., **Schwenk**, dorthin gekommen ist.

Eine wohlorganisierte Störung einer Kundgebung der Eisernen Front durch SA. aus den umliegenden Orten hatte dieser Tage in **Wingitz**, Kreis Wohlau, insofern Erfolg, als, nachdem einige Staatsaufbauende Steine durch die Fenster geflogen waren, die an die Demonstration anschließende Versammlung der SPD. in der Genosse **H. Löbe** Breslau sprechen sollte, von der Polizei aufgelöst wurde. Beim Verlassen des Versammlungsortes wurden dann die Kameraden von der Reichsbannerkapelle **Stein** infolge mangelhafter Schutzmaßnahmen der jährlich vertretene Landjäger von SA. Deuten überfallen und teilweise schwer, teilweise leicht verletzt. Ein Kamerad erhielt dabei einen Messerschlag.

Recht angenehme Verhältnisse herrschen auch in **Oels**, wo in den letzten Tagen der Vorwoche mehrfach Arbeiter auf der Straße angerepelt, mitunter auch überfallen und auf die übliche Weise Staatsaufbauend mit Schulfertigern, Ochsenträgern und Schlagringen bearbeitet wurden. Mehrfach tauchte die SA. mit umgehängten Spaten in größeren Trupps auf. Ein jüdischer Einwohner, **Richard B.**, wurde von einem dieser Trupps in der Haustür überfallen und niedergeschlagen, ein Arbeiter, **Genosse K. Günther**, auf dem Heimwege sogar zweimal angegriffen und teilweise mit dem Spaten schwer mißhandelt.

Solche Vorfälle, die sich vorzugsweise in den kleinen Städten, weitweniger auf dem flachen Lande abspielen, sind aber geringfügig im Vergleich zu dem Auftreten der SA. in Oberschlesien. Hier toben die Landstrecke in der Tradition von Potempa gegen alles was nicht national, sozialistisch ist. In **Reinshof**, Kreis Kofen, wurde der Referent einer kommunistischen Erwerbslosenversammlung mißhandelt, sodas er einen Schädelbruch davontrug, in **Strawa** wurde eine Zentrums-

versammlung in der der Landtagsabgeordnete **Graf Matuschka** sprach, gepregelt, in **Stenbendorf**, Kreis Leobschütz, der Versuch gemacht, eine Versammlung der Genossen **Krahnköper**, **Doppeln** zu föhren. Mit dem Ruf „Saal frei, jetzt kommt die braune Armee“ drangen hier die Staatsaufbauenden ein und schlugen dabei einen Mann am Saaleingang derart nieder, daß er halb tot aus dem Saale getragen werden mußte. Außerdem versuchte man, die Uhr der Rednerin, wie feinerzeit in Schwednitz die Altkennkarte des Genossen **Wendemuth**, mit Beschlag zu belegen. Als schließlich ein Oberlandjäger herbeigerufen worden war und eine Durchsuchung der umgebenen Gasse durchführte, stellte sich heraus, daß sie durchweg mit **Revolver**, **Dolchen**, **Gummiknüppeln** und **Handpeitschen**, wahrscheinlich zwecks nachdrücklicher Argumentation gegen den Marxismus, ausgerüstet waren.

Ein Todesopfer wird möglicherweise ein Ueberfall der **Gleiwitzer SA. auf ein Arbeitslager des Sozialen Dienstes** haben, bei dem zuerst zwei Genossen niedergeschlagen wurden, so daß man sie bewußtlos vom Platze trug und dann noch drei andere Lagerkameraden durch Messerschläge schwer verletzt wurden. Der Genosse **Barwoll** hat einen Vungenstich erhalten; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Anschließend wurde eine von einem Sozialdemokraten bewirtschaftete Gaststätte „belagert“ und dabei sämtliche Fenster der betreffenden Straßenseite der Brennelestraße in **Gleiwitz** eingeworfen. Im Bewußtsein der Immunität für jegliche Gesetzesverletzung forderten die Nazis von den Polizeibeamten, die sowieso schon sehr zurückhaltend auftraten, die Namen und bemerken, der betreffende Beamte, der es gewagt hatte, die Personalien eines Nazimannes festzustellen, sei „die längste Zeit Polizist gewesen“.

Selbst ein gutbürgerlicher Tennisclub in **Mitalkühn** bekam, wenige Meter von der polnischen Grenze, wahrhaft eine nationale Tat, Nazibefehl eigener Art. Mit Gummiknüppeln und Stöcken bewaffnet drangen sie gewaltsam in den Saal ein, mißhandelten mehrere Personen schwer, stellten mehrere an die Wand, um eine „Durchsuchung“ vorzunehmen. Tische und Stühle wurden auf die Bühne geschleudert und zertrümmert, die Dekoration im Saale heruntergerissen. Das bei dem Einbringen der Nazis alarmierte Ueberfallkommando traf erst eine halbe Stunde später am Ueberfallort ein. Die Polizisten behandelten die Landfriedensbrecher recht freundlich und forderten sie höflich auf, doch den Saal zu räumen. Als die Nazis dieser Aufforderung nachgekommen waren, mußten die Zeiteilnehmer feststellen, daß drei Blüschhüte mehrere **Damenhüte** und **Shals**, drei **Mäntel** und drei **Damenhandtaschen** von den Hitlerianern gestohlen waren; zwei **Handtaschen** fand man später ausgeraubt in den Toilettenräumen.

Auch die Zentrumsparterie ist vor dem Blutterror in Oberschlesien nicht mehr sicher. Anschließend an eine Kundgebung der **sozialistischen Jugend** in **Beuthen** wurden auf gleiche Art wie bei dem Arbeitsdienstlager Teilnehmer der Veranstaltung von uniformierter SA. überfallen und teilweise sehr ernst verletzt. Einem wurde, wie die Zentrumsparterie meldet, das **Reinlein** zertrümmert, ein anderer ringt mit dem Tode. Die „Oberschlesische Volkstimme“ spricht anschließend an ihren Bericht die Hoffnung aus, daß dieser Wahnsinn des Bruderermordes doch endlich aufhöre und sich endlich der Gedante Ordnung, Ruhe und Friede durchsetzen möge. Das ist wohl ein bedauerliches Verlehen des spezifischen Charakters der sozialistischen Reaktion; der Bürgerkrieg als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung wird in Deutschland erst verschwinden, wenn der Faschismus verschwunden ist, denn Gewalt gegen geistige Auseinandersetzung ist ja, wie die vorstehende Uebersicht zeigt, sein Aktionsprinzip.

Hirschberg, Spindlerpafstraße mir gebaut. In einer Sitzung der Industrie- und Handelskammer wurde mitgeteilt, daß das Reichsverkehrsministerium als Beschwerdegegenstand den Einspruch der Reichsbahn-Gesellschaft gegen die Konzessionserteilung für eine Autobuslinie der Hirschberger Talbahn A.G. von **Stiersdorf** nach dem **Spindlerpaf** endgültig abgewiesen hat. Sofort nach der Schlußschleife dürfte mit den Erdarbeiten für die neue Bahnstrecke begonnen werden, durch die 500 Arbeitslose während zweier Jahre Beschäftigung finden sollen.

Reise **OS. Grippe-Epidemie**. Nachdem bereits am letzten Donnerstag die **Mädchenkule II** wegen Grippe geschlossen wurde, ist nunmehr auch die **Schließung der Mädchenkule I** vorgenommen worden. Damit sind bis auf die höheren Schulen sämtliche Schulen von **Reise** wegen der Grippe-Epidemie geschlossen.

Radzionau (Polnisch-Schlesien). Zug zusammenstoß. Hier fuhr ein rangierender Güterzug einem stehenden Personenzug in die Seite. Beide Lokomotiven und ein Wagen vierter Klasse wurden leicht beschädigt. Ein Helfer wurde schwer verletzt, während ein Passagier leichtere Verletzungen erlitt.

Dittersbach, Staatsgefährlicher Käse. Im hiesigen Feuerwehrdepot wurde dieser Tage von drei Kriminalbeamten eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Sache galt geheimnisvollen Käsen, die angeblich im Depot untergebracht worden sein sollten. Um den Beamten die Arbeit nicht unnötig zu erschweren, wurden sie von der marzistischen Gemeindeverwaltung direkt zu den vor einigen Tagen im Turm des Feuerwehrdepots untergebrachten Käsen geführt. Ihr Inhalt bestand — aus zehn Zentner Allgäuer Käse, die der Gemeinde für die Winterhilfe zur Verfügung gestellt worden waren und die man aus dem Keller der Winterhilfe entfernt hatte, weil sie einen allzu starken Geruch verbreiteten. — Das Dritte Reich ist in Dittersbach außer Gefahr, es sei denn, daß die SA. anrühigen Käse als gefährliche Handfeuerwaffen fürchtet.

Aus der Umgebung

Professor **Röding**, Frankfurt a. M.
ParteiSekretär **M. Antke**, Breslau

Sprechen am Donnerstag, den 23. Februar, 19.30 Uhr, im **Kolof Kramer** Parteilich in einer öffentlichen Wahlerversammlung. Die Reichsbanner-Vollmacht Breslau eröffnet um 18.30 Uhr mit einem einstündigen Konzert die Versammlung.

Parteiangehörigen, Gewerkschafter, Sportler und alle der Eisernen Front angeschlossenen Mitglieder aus **Reichenhagen**, **Hartlieb** und **Umgegend** sorgt für Massenbesuch.

Elshorn. Die Wahlversammlung der Eisernen Front war von über 200 Personen besucht. Die Ausführungen des Redners, **Genossen Dr. Korn**, wurden mit stürmischen Beifall gelobt und die erfolgreiche Veranstaltung mit dem Lied: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, geschlossen.

Malles. Geflügel diebstahl. Bei dem Arbeiter **G.** wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag eingebrochen und aus dem Stalle dreizehn Hühner, sieben Gänse und neun Kaninchen gestohlen. Die Diebe schlachteten an Ort und Stelle alles ab.

Schnitz. Schüsse aus dem Hinterhalt. Am Dienstag abend wurde hier ein Anhänger der Antifaschistischen Aktion aus dem **Wald** heraus beschossen. Nur dem Umstande, daß er schnell hinter einen Baum sprang, ist es zu verdanken, daß er nicht verletzt wurde.

Schönitz. In der öffentlichen Wahlerversammlung der SPD. sprach am Montag, dem 20. Februar, in einer äußerst gut besuchten Wahlerversammlung **Genosse Frankel** über das Thema: „Freiheit, Arbeit und Brot“. In seinem begeisterten ausgenommenen Vortrag kennzeichnete er unter anderem den Ernst der politischen Lage und forderte zur gemeinsamen Aktion der gesamten Arbeiterchaft gegen den Faschismus auf. Mit dem Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ nahm die imposante Kundgebung ihr Ende. Sieben **Kaufnahmen** für unsere Partei bestätigten den Erfolg des Abends.

Jobten. Anmeldung zur Impfliste. Alle im Kalenderjahr 1932 hier zugezogenen Kinder, welche im gleichen Jahre geboren wurden, sind von den Eltern, Pflegeeltern oder Vormündern zwecks Aufnahme in die Impfliste sofort, spätestens aber bis zum 28. Februar 1933, im hiesigen Magistrats-Geschäftszimmer anzumelden. Bis zum gleichen Tage sind alle während des Kalenderjahres 1932 zugezogenen Kinder, welche vor 1932 geboren wurden, die aber noch nicht mit Erfolg geimpft wurden, anzumelden.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 12, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 9704, 9701
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Öffentliche Versammlungen
Am Freitag, den 24. Februar
Lohe, 19 Uhr, Lokal Feige, Redner: Genosse **Frankel**.
Stephansdorf, 20 Uhr, Lokal Bissel, Redner: Gen. **Schiffel**.
Schalkau, 20 Uhr, Lokal Neugebauer, Redner: Genosse **Kleinert**.
Ströbel, 20 Uhr, Redner: Gen. **Kunert**, **M.d.L.**
Wangern, 20 Uhr, Lokal Kofe, Redner: Genosse **Rektor Gabriel**.

Brosau, Freitag, den 24. Februar, findet unsere **Frauenversammlung** bei **Wende**, 20 Uhr, statt. Rednerin: **Genossin Toni Zimmer**.

Ottasch. Arbeiterkinderfreunde. Freitag, den 24. Februar, 20 Uhr, im Lokal von **Grieger**, Elternversammlung. Es hat alles zu erscheinen. Redner: **Gen. Schärfl**.

Ottasch. Wir treffen uns morgen, Donnerstag, den 23. Februar, 18.30 Uhr, an der Kirche und gehen gemeinsam zur **Röding** Kundgebung nach **Hartlieb**. Niemand darf fehlen.

Nimtsch, Freitag, den 24. Februar, 14 Uhr, bei **Dollinger**: **Öffentliche Erwerbslosenversammlung**. Redner: **Genosse Stal**.

Rühmitz, Donnerstag, den 23. Februar, 20 Uhr, bei **Stannitz**: **Öffentliche Versammlung**. Redner: **Genosse Frankel**.

Bischdorf, Donnerstag, den 23. Februar, 20 Uhr, bei **Wilmers**: **Öffentliche Versammlung**. Redner: **Gen. Paul Boer**, **Koßhütten**. Heute abend 20 Uhr im Jugendheim **Reichsbanner** Versammlung. Wir stellen die Liste zur Gemeindevertretung auf und erwarten, daß alle Genossinnen und Genossen zur Stelle sind.

Sacrau, Donnerstag, den 23. Februar, nehmen alle Mitglieder der Partei, des Reichsbanners und der Eisernen Front in **Hundsfeld** an der Kundgebung teil. **Abmarsch** 19 Uhr von **König**. **Blattlich** antreten.

Belegkarte

	22.2.	21.2.	20.2.	19.2.
Kassier	1.00	1.00	1.00	1.00
Reise (Stahl)	0.60	0.60	0.60	0.60
Belegkarte (inkl. Beleg)	1.50	1.50	1.50	1.50
Belegkarte (inkl. Beleg)	2.15	2.15	2.15	2.15
Belegkarte	0.11	0.11	0.11	0.11

Die Waldenburger Polizei wird faschistifiziert

In Waldenburg wurde am Montag, wie wir bereits meldeten, der neue Polizeipräsident, Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D. **Siddelen** in sein Amt eingeführt. Die Amtseinführung erfolgte durch den Regierungspräsidenten **H. v. P.**, der bekanntlich dem Zentrum angehört, was jedoch nicht hindert, daß an diesem feierlichen Akt die sogenannte nationale Presse unter Ausschluß der Sozialdemokraten und des Zentrums eingeladen wurde. Nachdem der Regierungspräsident in Ermangelung eines anderen Themas die Verdienste des neuen Polizeipräsidenten als Fliegeroffizier und als Kommunalpolitiker — er ist seit einiger Zeit Mitglied des Kreisauusschusses **Schweidnitz** — gelobt hatte, nahm der neue Polizeipräsident das Wort zu einer Rede gegen die — Internationale. Er forderte nämlich die Beamten zur Mitarbeit für das geliebte Vaterland auf und verlangte gleichzeitig, daß diejenigen die etwa im marzistischen Lager ständen, dort sofort ihre Funktionen aufgeben und ihre ganze Kraft für den Dienst freimachen. Es gehe nämlich nicht an, „am Tage als Staatsbeamter tätig zu sein und abends der Internationale zu dienen“. Nach diesen Worten zu urteilen, gibt es also in der preussischen Polizei jetzt sogenannte Generalparaden für Gefinnungsakrobaten; wer rechtzeitig den Marxismus abschwört, wird noch in Gnaden aufgenommen, wozu wir lebhaftig zu bemerken haben, daß wirkliche Gefinnung auch durch Dienstankordnungen nicht erzwungen wird.

Selbst nicht durch solche, mit denen Polizeipräsident **Siddelen** dann anscheinend sein neues Amt begonnen hat. Denn, wie uns gemeldet wird, hat man als äußeres Zeichen der neuen Ära in Waldenburg bei einer Kasikundgebung, in der der Otkommisfar

der NSDAP, **Brückner** sprach, Polizeibeamte in Uniform mit **Sakenkreuz** bemerken können. Ein Kommentar zu dieser Neuorientierung des preussischen Polizeiwesens ist mit Rücksicht auf die Pressenotverordnung nicht möglich.

Preussischer Amtsstil

Auf dem Amtsgericht in **Görlitz** sitzt ein Gerichtsschreiber, dem anjehenden verschiedene Rundfunkreden der letzten Zeit und **Jadestübe** arg in den Kopf gestiegen sind. So adressierte er dieser Tage eine Mitteilung der Gerichtsstelle **Görlitz** an einen Kreisleiter des freigewerkschaftlichen Deutschen Landarbeiter-Verbandes:

„An den Sozi-Kreisleiter... Dieser neue Amtsstil wird sicherlich den Beifall des preussischen Kommissars **Goering** finden, denn aus ihm spricht der neuerdings anbevollene Geist bedingungsloser Scheidung des deutschen Volkes in Reine und Unreine, in Staatsaufbauende Elemente — in Schlefien angeführt von **Herrn Edmund Heies**, **Jememörder i. R.** — und „amtlicherische“ Elemente wie etwa die, höchst staatsgefährlichen, **Verbandssekretäre** freigewerkschaftlicher Organisationen.“

Letztere müssen gekennzeichnet werden, zumal insbesondere ein **Landarbeitersekretär** durch die Befürwortung des unerhörten **Luguslebens** der **Landarbeiter** mit **Schuld** an dem **Niederbruch** der deutschen Landwirtschaft ist, der einen so verdienten Mann wie **Herrn Oldenburg-Januschau** an den **Bettelstab** brachte.

Da wir nun aber hoffnungslos Vertreter des Grundjages sind, daß Staatsbürgerliche Rechte nicht verschieden verteilt werden können, sondern allen Deutschen gleichermassen zustehen sollen, schlagen wir vor, daß man auch in unseren Kreisen diese Art der Adressierung zur Praxis werden läßt, beispielsweise Briefe an die **Görlitzer Gerichtsstelle** nur noch mit der Anschrift: „An die Nazi-Gerichtsstelle in **Görlitz**“ losläßt.

Konsum- und Sparverein Vorwärts
Sonderangebot in der Woche vom 20. bis 25. Februar
Schwafeschinken, ohne Knochen
Landjägerwurst
Auf diese Probe erhalten Sie außerdem wie üblich 5% Rückvergütung.
Mitt. 14 Pf.
Dien. 15 Pf.

Wichtig für die Betriebsrätewahl!

Wahlrecht und Wahlverfahren zu den Betriebsvertretungen

Nach zweijähriger Pause werden in der Hauptsache in den Monaten März und April die Betriebsrätewahlen durchgeführt. Die diesjährigen Wahlen erhalten ihre Bedeutung und ungeheure Wichtigkeit dadurch, daß sie am Tiefpunkt der fürchterlichsten aller Wirtschaftskrisen stattfinden, und daß sie durchgeführt werden in einer Periode schwärzester sozialer und politischer Reaktion.

Zur Erleichterung der Durchführung dieser wichtigen Wahlen geben wir einige Hinweise auf das Wahlrecht und das Wahlverfahren.

Wie wird man Betriebsrat?

Betriebsrat kann man nur werden, wenn man sich im Kreise seiner Mitarbeiter Achtung und Vertrauen erworben hat. Achtung kann man sich erwerben, wenn man aufrichtig ist, wenn man als guter und treuer Kollege im Gewerkschaftsleben für die Verbesserung der Lebensverhältnisse eintritt und wenn man unerschrocken und selbstbewußt, höflich aber bestimmt seine Überzeugung in jedem Falle vertritt. Jedem Betriebsrat wird das Vertrauen dadurch besetzt, daß man ihn zum Kandidaten präsentiert und durch geheime Wahl wählt.

Wann kann man Betriebsrat werden?

Wenn man das 24. Lebensjahr erreicht hat, Deutscher ist und am Tage der Wahl mindestens sechs Monate dem Betrieb sowie mindestens drei Jahre dem Berufszweig angehört. Der Betriebsrat ist ein Amtsorgan. Die Amtszeit beträgt ein Jahr, nur erhalten, wenn die gesetzlichen Wahlverfahrensvorschriften reinlichst genau eingehalten werden.

Wo werden Betriebsräte gewählt?

In jedem Betrieb, der in der Regel mindestens 20 Beschäftigte beschäftigt wird ein Betriebsrat errichtet. Wo in der Regel weniger als 20, aber mindestens fünf wahlberechtigter Arbeitnehmer beschäftigt werden, von denen mindestens drei wählbar sind, wird ein Betriebsrat gewählt.

Bildung des Wahlvorstandes

Der amtierende Betriebsrat hat spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit einen aus drei wahlberechtigten, mindestens 18 Jahre alten, Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand und den Vorsitzenden zu wählen.

Was hat der Wahlvorstand zu tun?

Die Wahl ist vom Wahlvorstand unerschütterlich, das heißt ohne schuldhaftige Verzögerung, nach seiner Bestellung einzuleiten. Die erste Arbeit ist die Aufstellung der Wählerliste. In die Wählerliste müssen alle wahlberechtigten Arbeiter eingetragen werden. Unterlagen sind von der Werkleitung anzufordern. Die Entscheidung darüber, wer in die Wählerliste einzusetzen ist, hat allein der Wahlvorstand. Bestehen Zweifel über die Wahlberechtigung, dann wende der Wahlvorstand sich sofort an seine Organisation. Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer.

Wahlaustragen

Der Wahlvorstand hat spätestens 20 Tage vor dem letzten Wahltag ein Wahlaustragen zu erlassen. Eine Abschrift des Wahlaustragens ist an einer oder mehreren geeigneten, allen Wahlberechtigten zugänglichen Stellen, die der Wahlvorstand bestimmt, bis zum letzten Wahltag auszuhängen und in lesbarem Zustand zu erhalten.

Einprüche gegen die Wählerliste

Einprüche gegen die Wählerliste sind zur Vermeidung des Ausschlusses binnen drei Tagen nach dem ersten Tage des Ausschusses des Wahlaustragens beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes anzubringen. Alle Neueintretenden können bis zum Wahltag nachgetragen werden. Ueber Einprüche ist vom Wahlvorstand mit unilichster Beschleunigung zu entscheiden. Wird der Einspruch für begründet erachtet, so ist die Wählerliste zu berichtigen. Die Entscheidung des Wahlvorstandes muß den Beschwerdeführern mitgeteilt werden.

Aufstellung von Vorschlagslisten

Die Vorschlagslisten werden von der Belegschaft im Einverständnis mit ihrer Organisation aufgestellt. Die Vorschlagslisten müssen spätestens eine Woche nach dem ersten Tage des Ausschusses des Wahlaustragens beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes eingereicht werden. Später eingehende Vorschlagslisten bleiben unberücksichtigt.

Wie behandelt der Wahlvorstand die Vorschlagslisten?

1. Der Wahlvorstand prüft, ob die Vorschlagsliste ein Kennwort hat.
2. Jede Wahlvorschlagsliste muß von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein.
3. Aufträge sind dem Vorsitzenden mitzuteilen. Dieser kann innerhalb der vorgeschriebenen Zeit die Rängel beseitigen. Die Vorschlagslisten sind spätestens drei Tage vor der Wahl im Betriebe auszulegen oder durch Anschlag bekanntzumachen.

Wahl ohne Stimmabgabe

Wird nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet eine Wahl durch Stimmabgabe nicht statt.

Stimmabgabe

Der Wähler muß seinen Stimmzettel persönlich in den Wahlumschlag stecken und an einem für die Stimmabgabe festgesetzten Tag bei der vom Wahlvorstand bezeichneten Stelle unter Kennung seines Namens abgeben. Das mit der Entgegennahme des Wahlumschlages und Stimmzettels betraute Mitglied des Wahlvorstandes hat den Wahlumschlag in Gegenwart des Wählers in einen dafür vorgesehenen Kasten zu stecken und die Stimmabgabe in der Wählerliste zu vermerken.

Zeitpunkt des Wahlergebnisses

Das Wahlergebnis wird durch den Wahlvorstand spätestens am dritten Tage nach dem Abschluß der Stimmabgabe endgültig festgestellt. Die Wahlberechtigten sowie Vertreter ihrer wirtschaftlichen Vereinigungen sind berechtigt, den Feststellungen beizutreten.

Behandlung der Wahlunterlagen

Ueber jede Wahl muß eine Wahlprotokollurkunde angefertigt werden, die dem Betriebsrat zur Aufbewahrung zu übergeben ist.

Wie wird der Betriebsrat gewählt?

Der bisherige Betriebsrat wählt spätestens acht Tage vor der Wahl einen Wahlleiter und der Wahlleiter beruft am Wahltag ein Betriebsratsparlament ein und läßt durch Stimmabgabe den neuen Betriebsrat wählen. Die Wahlberechtigten sind zu wählen. Wo die Betriebsvertretung den Wahlvorstand nicht wählen

will, oder wo der bisherige Betriebsrat den Wahlleiter nicht bestellen will, oder wo zum erstenmal eine Betriebsvertretung zu wählen ist, hat der Arbeitgeber einen aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen. Kommt der Betriebsrat bzw. der Betriebsobmann oder der Arbeitgeber den gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach, so bestellt auf Antrag eines oder mehrerer wahlberechtigter Arbeitnehmer oder auf Antrag einer interessierten Gewerkschaft der Vorsitzende des Arbeitsgerichtes einen Wahlvorstand aus den wahlberechtigten Arbeitnehmern.

Da für die Betriebe in Groß-Breslau der 25. bis 27. März 1933 als Wahltag für die Betriebsvertretungen festgesetzt sind, gelten die nachstehend aufgeführten Daten als letzte Termine für die einzelnen Amtshandlungen:

- 25. Februar: Bestimmung des Wahlvorstandes;
 - 1. März: Aushang des Wahlaustragens;
 - 5.-7. März: Frist zur Einreichung in die Wählerlisten;
 - 11. März: Einreichung der Vorschlagsliste;
 - 14. März: Bekanntmachung, daß keine Stimmabgabe notwendig wird, falls nur eine Vorschlagsliste eingereicht wurde.
 - 22. März: Auslegung der Vorschlagsliste;
 - 25. März: Erster Wahltag.
 - 26. u. 27. März: Wahltag für den besonderen Bedarf (Montagearbeiter von außerhalb, Großbetriebe u. ä.).
 - 27. bzw. 28. u. 29. März: Feststellung des Wahlergebnisses und Mitteilung an die gewählten Betriebsvertreter; alsdann viertägiger Ausbruch des Wahlergebnisses.
- Sinnes der ersten Woche nach der Wahl: erste Sitzung des Betriebsrates.
8. bzw. 9. April: Einberufung für den Ausschuss der Bekanntmachung des Wahlergebnisses.

Heimannsberg Vorsitzender der Reichsgewerkschaft Deutscher Polizeibeamter

Die Reichsgewerkschaft deutscher Polizeibeamter, die Spitzenorganisation des größten Teils der deutschen Polizeibeamtensverbände, hat den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heimannsberg, zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Heimannsberg ist damit nicht nur Vorsitzender des Verbandes preussischer Polizeibeamter, sondern auch Vorsitzender der Spitzengewerkschaft. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Kriminalkommissar Prebed gewählt.

Lohnfälligkeiten im mitteldeutschen Baugewerbe

Im Lohnkonflikt im mitteldeutschen Baugewerbe fällt der Schlichter einen bis zum 28. Februar 1934 geltenden Schiedsspruch, durch den der 89 Pf. betragende Stundenlohn um 2 Pf. gekürzt wird. Da den Unternehmern dieser Lohnraub noch nicht genügt, sollen die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden.

Die Holzarbeiter der Eisernen Front

müssen am morgigen Donnerstag von der Teilnahme an den Wahlhandlungen der Eisernen Front Abstand nehmen, da am gleichen Abend die Generalversammlung der Holzarbeiter stattfindet, bei der niemand fehlen darf.

Wird er doch noch munter?

Protest des Mittelstandes

Gegen die Zollerhöhungen des Hitlerkabinetts

Es ist eine alte Erfahrung, daß schließlich alles anders kommt, als man sich das vorher gedacht hat. Allen Anschein nach wird Handwerk und Handel diese Erfahrung jetzt mit der Regierung Hitler-Sugener machen müssen. Jedenfalls zeigen aus Kreisen des Handwerks und des Handels Anzeichen vor, aus denen das Gefühl der Enttäuschung spricht.

Da ist einmal die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Das ist die Spitzenorganisation der deutschen Einzelhändler, in der, nach dem Austritt des Warenhäuserverbandes und der Organisation der Filialbetriebe, mittelständlerische Schatzmacher des großen Wort führen, die hart mit den Nationalsozialisten sympathisieren bzw. Nationalsozialisten sind. Sie machen kein Hehl daraus. Diese Leute sind von der Zollerschöpfung für sehr unglücklich, die die Regierung Hitler vorgenommen hat, hat übersehen worden. Jetzt protestieren sie in einem Rundschreiben an die Presse, in dem sie feststellen, daß besonders die Schmalzverarbeitung eine neue schwere Belastung gerade der minderbemittelten Bevölkerung bedeutet, die zu einer Abnahme der Produktivität durch solche Maßnahmen nicht gezwungen wird. Obwohl sich das mittlerweile in Deutschland herumgesprochen hat, ist es immer gut, wenn auch eine Spitzenorganisation, deren Mitglieder zum größten Teil wohl den Nationalsozialisten nahe stehen, solche Feststellungen trifft.

Aber noch etwas anderes! Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels beklagt sich, daß sie vor der Erhöhung der Zölle für Vieh, Fleisch und Schmalz überhaupt nicht gehört wurde. Trotzdem sie bereits bei Erörterung des Verhältnisses zwischen dem Handwerk und dem Einzelhandel im Reichstag durch den Reichshandelsminister vertreten hat, in dem die beiden genannten Verbände betont, daß solche für den Absatz an den Verbraucher gerichteten Maßnahmen nicht ohne ausführliche Erörterungen mit den Vertretern der Verbraucher sowie derjenigen Wirtschaftskreise erfolgen dürfen, die diese Ware vorzüglich dem Konsum vermittelnd. Die Förderung des Handels und des Handwerks, bei Entscheidung solcher wichtigen Fragen gehört zu werden, ist verständlich. Solche Fragen dürfen nicht nach politischen Stimmungen und politischen Bedenken, sondern nach sachlichen und objektiven Gesichtspunkten gelöst werden. Daher ist es nur zu begrüßen, daß die Regierung das nun gemacht hat, als die Regierung nach Erörterung mit der

Wichtige Beschlüsse des IOB.-Vorstandes

Der Internationale Gewerkschaftsbund hielt in Berlin eine Vorstandssitzung ab. Es wurden wichtige Beschlüsse gefaßt. Sie sind ein Ausdruck der gesteigerten Aktivität des IOB. und ein Beweis, daß die ringsum drohenden Gefahren die Weltbewegung der Arbeiter nicht niederbrücken können.

Die endgültige Fassung des dem Kongress in Brüssel vorzuliegenden Entwurfes der Sozialpolitischen Richtlinien sowie des internationalen Schul- und Erziehungsprogramms wurde genehmigt. Die planwirtschaftlichen Forderungen des IOB. wurden in der bis jetzt vorliegenden Fassung mit geringfügigen Ergänzungen gutgeheißen; man beschloß, dieses Planwirtschaftsprogramm, das dem Brüsseler Kongress für die weitere Wirtschaftspolitik der Internationalen Gewerkschaftsbewegung vorgelegt wird, auch der Sozialistischen Arbeiterinternationale zu übermitteln.

In einer gemeinsamen Sitzung der Exekutive der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale wird nach einem Beschluß des Vorstandes die Frage einer gemeinsamen Stellungnahme zur Weltwirtschaftskonferenz behandelt werden; es ist beabsichtigt, der Weltwirtschaftskonferenz in einer gemeinsamen Denkschrift der beiden Internationalen die Forderungen der Arbeiterklasse zu unterbreiten. Auch werden sich die beiden Vorstände gemeinsam mit der Fortführung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion befassen. Diese gemeinsamen Sitzungen werden in der Zeit vom 5. bis 7. April stattfinden.

Der Ausschuss des IOB. und damit auch die Vertreter der Internationalen Berufssekretariate werden zu einer Tagung einberufen, die sich vor allem mit der Frage beschäftigen wird, welche Mittel und Kräfte für eine große Aktion zur Durchführung der vierjährigen und wöchentlichen internationalen Ausmaß angeboten werden können. Diese Tagung des Ausschusses und der Berufssekretariate findet in der Zeit vom 9. bis 11. April statt. Das Ziel der Aktion soll sein, in der breiten Öffentlichkeit stärksten Einfluß auf den Abschluß einer internationalen Vierjahreskonvention geltend zu machen. Gleichzeitig damit soll die Öffentlichkeit für eine vernünftige und praktisch durchführbare Lösung der Finanz-, Kredit-, Währungs- und Zollfragen gewonnen werden.

In Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel wird eine Internationale Arbeiterinnenkonferenz stattfinden. Als vorläufiger Termin dafür ist der 29. Juli vorsehen. Die Arbeiterinnenkonferenz wird das Problem der Frauarbeit in der Krise (Nationalisierung) und die Lohnfrage der Frauarbeit behandeln.

Der vom Antikriegs Komitee unterbreitete Bericht und die hierin vorgeschlagenen Maßnahmen wurden eingehend beraten; vor der Fassung endgültiger Beschlüsse werden die Landeszentralen zur Stellungnahme aufgefordert werden. Dem vom Sekretariat unterbreiteten Bericht des Vierländerkomitees, der eine Weiterführung der gewerkschaftlichen Propaganda im Luxemburg-Lothringischen Industriegebiet sichert, wurde vom Vorstand zugestimmt. Das Unterrichtsprogramm der in diesem Jahr in Wien stattfindenden Internationalen Zusammenkunft wurde festgesetzt. Der Reisebericht 1932 wurde einstimmig angenommen, desgleichen wurde der Rechnungsbericht des gemeinsamen Matteotti-Fonds des IOB. und der SWJ. vom Vorstand genehmigt.

Im Anschluß an die Erörterung der Weltlage und der Situation in Deutschland wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die die Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung betonen — vor allem die Sympathie und Hilfsbereitschaft der Gesamtbewegung für die um ihre Existenz ringende deutsche Arbeiterklasse.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 8. April statt.

Syrup Präsident der Reichsanstalt. Der Reichspräsident hat den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Friedrich Syrup zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung ernannt.

Regierung hatten, ganz selbstverständlich. Heute erzählen uns Handwerk und Handel, daß das nicht mehr der Fall und daß man von der guten, alten Übung abgewichen ist. Wie weit man die andere Seite, die großagrarischen Interessenten, gehört hat, wissen wir leider nicht. Wir können uns denken, daß die nationalsozialistische Hochspannung in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels durch ihre ersten Erfahrungen mit der Regierung Hitler einen kleinen Dämpfer erhalten hat.

Im Handwerk sind es besonders die Metzgermeister, die an den Vieh-, Fleisch- und Schmalzpreisen das bekannte Haar in der Suppe finden. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ veröffentlicht eine sehr instruktive Aufzählung des Obermeisters der Fleischhändler-Schlächterinnung Carl Jensen. Jensen stellt fest, daß die Hindereinfuhr im Jahre 1932 nur 14,5 Millionen Mark betragen hat. Schafe sind im verflochtenen Jahre nur im Werte von 850 000 Mark eingeführt worden. Die Schweineinfuhr betrug nur 200 000 Mark (wörtlich: zweihunderttausend Mark). Die Einfuhr aus dem Auslande, so fährt Jensen fort, habe nur einen verschwindend geringen Prozentsatz des inländischen Gesamtverbrauchs ausgemacht. Eine Erhöhung der Inlandspreise durch die neuen Zölle sei kaum zu erwarten; vielleicht werde infolge „weiterer Entschärfung der Verbraucher“ das Gegenteil eintreten. Für diese angeblieben und Scheinworte taugte man aber handelspolitisch ernste Nachteile ein. Die Zölle würden sich als eine Unfreundlichkeit gegenüber den guten Kunden unseres Handels und unserer Industrie, wie es Dänemark, Holland und Schweden sind, auswirken und zweifellos einen Rückgang an Aufträgen aus diesen Ländern im Gefolge haben. Was das für unsere Industrie und für den Arbeitsmarkt bedeutet, braucht er, Carl Jensen, nicht erst auszuführen. Der Landwirt werde aber dadurch nicht geholfen. Was helfen könne, um eine Besserung der Viehpreise am Inlandsmarkt zu erzielen, sei nur eine Vermehrung der Kaufkraft der Konsumenten, nicht zuletzt die sofortige Abschaffung der Schlachtsteuer, die besonders auf die Viehpreise drückt.

Handel und Handwerk kommen recht spät zu ihrer Erkenntnis. Es wäre ratsam gewesen, daß beide Wirtschaftsklassen diese Erkenntnis schon früher geäußert hätten. Handwerker und Händler müßten manche böse Erfahrung erspart geblieben.

Nazis Arm in Arm mit Großkapital

Arbeitgeber Syndikus wird Polizeireferent — Große Industriellen-Sammelfahrt bei Hitler und Goering

Der Ruhm und der Ruf der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ und ihrer Führer vermehrt sich von Tag zu Tag. Auch am Dienstag verlängerte die Regierung Hitler die Liste ihrer sozialistischen Führer für die Arbeiterschaft.

In das preussische Innenministerium wurde der Staatsanwalt a. D. Grauert als Leiter der Staatsabteilung berufen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst war der zu diesem außerordentlich wichtigen und einflussreichen Amt berufene Herr Syndikus des Schwerindustriellen Arbeitgeberverbandes Nordwest. Er ist für eine „Arbeiterpartei“ ebenso der geeignete Mann, wie der Presseschef der Hitlerregierung, Fund, der ehemalige Wirtschaftsredakteur der großkapitalistischen „Berliner Märzzeitung“.

Am Ernennungstag von Grauert fand außerdem eine große Zusammenkunft im Hause des Reichsministers und

Preußentombars Goering statt. Außer dem Reichsminister und Führer der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ waren folgende Industriekapitäne anwesend:

Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, Bierwes, Bosh, Dr. Brandt, Bühnen, Dicht, Fild, Seubel, Hilger, Freiherr von Löwenstein, Widdendorff, Quandt, Reuter, Koster, Dr. Schacht, Schiller, Schmidt, Schmitz, Schulze, v. Siemens, Dr. Springorum, Hugo Stinnes, Tengelmann, v. Winterfeldt, v. Willeben und Ziller.

Ueber die Ernennung Graurerts und die bisherigen Taten der Regierung Hitler herrscht bei den Industriekapitänen vollste Zufriedenheit und Anerkennung. Eine „Arbeiterpartei“, die so wie die NSDAP die Interessen der Herren Fild, Stinnes usw. vertritt, haben sich die Industriekapitäne schon immer gewünscht.

Zum Fickufieren!

Frage den Kommunisten,

ob er schon darüber nachgedacht hat, weshalb eine wirkliche Einheitsfront der Arbeiterklasse bisher nicht zustande gekommen ist. Frage den kommunistischen Arbeiter, ob er sich schon Gedanken darüber gemacht hat, daß zwar die Harzburger Front der Reaktion sich geeinigt hat, in der Arbeiterklasse dagegen der Bruderkampf und die Zersplitterung immer weitergeht.

Erinnere den Kommunisten daran,

daß es vor dem Kriege eine einige Arbeiterbewegung gab, die in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften verkörpert war. Erinnere ihn weiter daran, daß erst nach dem Kriege die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse durch die Kommunisten herbeigeführt worden ist. Sie begnügten sich nicht damit, die Sozialdemokratie zu spalten; auch in die anderen Organisationen der Arbeiterklasse wurde Zersplitterung und Verwirrung hineingetragen. In der Gewerkschaftsbewegung, bei den Sportlern, bei den Freidenkern, überall wurden kommunistische Sonderorganisationen gegründet.

Frage deinen kommunistischen Arbeitskollegen,

ob ihm nicht bekannt ist, daß die kommunistische Parteileitung die Parole ausgegeben hat, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften seien der „Hauptfeind“? Sie haben diese Parole so weit getrieben, daß sie Schulter an Schulter mit Nazis und Stahlhelm das Volksgeschehen gegen die preussische Regierung durchführten, nur weil darin die Sozialdemokraten Braun und Severing saßen. So kam es, daß Hunderttausende von kommunistischen Wählern den wirklichen Hauptfeind der Arbeiterklasse, den Faschismus, gar nicht mehr sahen und bei der Präsidentenwahl Herrn Adolf Hitler ihre Stimme gaben.

Sage dem Kommunisten,

daß die kommunistische Parole von der proletarischen Einheitsfront solange eine widerliche Komödie ist, so lange die Angriffe der Kommunisten auf die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften nicht eingestillt sind. Seit dem Regierungsantritt Adolf Hitlers als Reichkanzler spricht zwar die kommunistische Parteileitung nicht mehr davon, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften der „Hauptfeind“ seien. Jetzt erkennt sie endlich, was die Regierung Braun-Severing in Preußen für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet hat, was die Regierungen im Reich und in den Ländern für das Proletariat geleistet haben, solange Sozialdemokraten daran beteiligt waren. Aber trotz dieser Erkenntnis werden die Beschimpfungen und Verleumdungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften in kommunistischen Versammlungen und Zeitungen noch immer fortgesetzt.

Erkläre zum Schluß,

daß du mit der ganzen sozialistischen Bewegung den Tag herbeisehst, an dem die deutsche Arbeiterklasse wieder in geschlossener Front ihren Todfeinden entgegensteht. Dazu sind aber keine Einheitsfrontmanöver und „Entlastungen“ erforderlich, sondern der entschlossene Wille aller Arbeiter und Angehörigen, für die demokratischen Freiheiten, für die sozialen Errungenschaften, für die sozialistischen Forderungen gemeinsam zu kämpfen. Der Hauptfeind der Arbeiterklasse ist der Faschismus, der jetzt niedergeworfen werden muß. Daher fort mit der Selbstverteidigung, her mit der Einheitsfront für die Lösungen der Sozialdemokratie; gegen Faschismus, für Demokratie und Sozialismus!

Nazi-Minister verbieten — Reichsgericht hebt auf

Sahlreiche Verbote von Zeitungen aufgehoben — Sahlreiche neue Verbote

Seit dem 1. Februar werden die Zeitungen der „Marxisten“ wie am laufenden Band verboten. Wie wenig sichhaltig viele Verbotgründe sind, beweisen die Urteile des Reichsgerichts.

Der Verbot des ersten „Vorwärts“-Verbotes ist vom fünften Straßensatz stattgegeben und das Verbot für rechts-widrig erklärt worden. Den gleichen Erfolg haben jetzt folgende sozialdemokratische Blätter beim Reichsgericht erlangt: „Volkswacht“, „Zier“, „Volkswacht“, „Wreslau“, „Volkzeitung“ und „Werrawacht“, „Eisenach“, „Dittzhiringer Volkszeitung“, „Altenburg“, „Dittzhiringer Tribüne“, „Gesa“ und „Neuphische Volkszeitung“. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Staat auferlegt. Jetzt folgt für die unberechtigten und aufgehobenen Verbote die Schadenersatzklage.

Das Gleichband der Presseverbote ist nicht löslich für die Steuerzahler und der Erlös der betroffenen Blätter ist zugleich ein Zeichen für den Mißerfolg und schweren Mißerfolg der Verbois-behörden.

Am Dienstag sind wieder drei sozialdemokratische Zeitungen verboten worden: die „Volkswacht“, „Ludens-walde“ auf drei, das „Volkswacht“, „Wöttingen“ auf fünf und das „Volkswacht“, „Saalfeld“ auf sieben Tage. Das sozialdemokratische halbesche „Volkswacht“ wurde verwarnt, die Dienstag-Ausgabe des Blattes bald nach Beginn des Druckes beschlagnahmt.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die kommunistischen Zeitungen „Sozialistische Republik“ in Köln, „Freiheit“ in Düsseldorf, „Ruh- und Wohl“ in Essen mit allen Kopfschlägern mit sofortiger Wirkung bis zum 28. Februar verboten. In einem Artikel „Hitler regiert“ soll der Reichsminister verächtlich

gemacht worden sein. Ferner sind verboten worden die Zentrumszeitungen „Eustircher Volksblatt“ wegen angeblicher Verächtlichmachung der Reichsregierung und die „Dürener Zeitung“ wegen Verächtlichmachung leitender Beamter auf je drei Tage.

Schwerin, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Das letzte Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen in Mecklenburg durch den nationalsozialistischen Innenminister ist ebenfalls auf Beschluss des Reichsgerichts aufgehoben worden. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Freistaat Mecklenburg zur Last. Der Verlag der Mecklenburgischen Volkszeitung in Rostock und des „Freien Wortes“ in Schwerin hat sofort Schadenersatzklage gegen die Regierung erheben lassen.

Much Baden lehnt ab

Karlsruhe, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Reichsinnenminister hat die badische Regierung erzuht, das Hauptblatt des badischen Zentrums, den „Badischen Beobachter“ in Karlsruhe, wegen einer Kritik an der Rede des Reichsministers Hitler in Stuttgart auf acht Tage zu verbieten. Die badische Regierung hat das Eruchen abgelehnt und die Entscheidung des Reichsgerichts anrufen.

Ein Verbot auf fünf Monate

Wilhelmsaven, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die oldenburgische Nazi-Regierung hat mit sofortiger Wirkung bis einschl. 1. August die periodischen Druckchriften der kommunistischen Partei, „Roter Sturm“ in Rastede und „Roter Scheinwerfer“ in Barel, verboten.

Wieder feige Mordtat der Nazis

Sehn Nazis überfallen einen Arbeitersportler und schlachten ihn viehisch ab

Hamburg, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

In Altona-Osdorf wurde der 20-jährige Arbeitersportler Walter Meyer das Opfer eines mit unglaublicher Bestialität ausgeführten Nazi-mordes.

Der Vorfall ereignete sich während eines Tanzveranstaltungs, an dem u. a. auch Mitglieder der freien Turnerschaft teilnahmen. Bei ihrem Eintreffen sammelten sich die schon anwesenden Nationalsozialisten vor der Tür des Lokals, scheinbar um einen Antritt vorzubereiten. Auf dem Hof trafen sie dann den Arbeitersportler Walter Meyer allein an. Etwa zehn Nazis führten sofort auf Meyer los und mißhandelten den Sportler, der der Uebermacht gegenüber wehrlos war, mit Knüppeln und Eisenstangen in furchterlicher Weise. Ein Schlag über den Kopf spaltete die Schädeldede, ein zweiter zertrümmerte das Schienbein. Mit den Worten: „Dem Schwein wollen wir gründlich besorgen!“ schob einer der Mörder dem furchtbar Zugerichteten dann eine Kugel in den Rücken, die in einer Aiere stecken blieb. Während der Tat hatten die Nazis die Tür des Saales zugeriegelt, so daß Meyer niemand zu Hilfe kommen konnte. Jetzt ist das unglückliche Opfer dieser feigen und viehischen Tat im Krankenhaus Blankenese gestorben. Ein Teil der Täter ist bekannt. Die polizeilichen Nachforschungen sind noch nicht abgeschlossen.

Nazi-Bluttat in Kaiserslautern

Ueberfall auf Besucher einer Zentrumsversammlung

Kaiserslautern, 21. Februar.

Nach den Wahlversammlungen des Zentrums und der Sozialistischen Volkspartei, in denen Reichsminister a. D. Dr. Brüning gesprochen hatte, kam es am Montagabend in Kaiserslautern zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und den als Gasthäuser tätigen Sozialisten der Volkswacht. Drei schwer verletzte Mitglieder der Volkswacht liegen im Krankenhaus noch in Karlsruhe. Elf Personen sind leichter verletzt, darunter zwei SA-Leute. Bis nach Mitternacht war die ganze Stadt in heller Aufregung. Wegen der Gefahr neuer Zusammenstöße wurde Dr. Brüning unter sehr stark Bedeckung nach Mannheim geleitet, von wo er sofort mit dem Berliner Schnellzug weiterfuhr.

Die Tatsache, daß in diesem Falle zwölf Zentrumsleute zum Teil sehr schwer verletzt wurden und nur zwei SA-Leute leichte Verletzungen erlitten, zeigt wieder einmal deutlich, daß nicht die „nationalen“ Verbände, sondern ungesetzliche deren Gegner des besonderen Schutzes vor den braunen Banden bedürfen.

München, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der blutige SA-Ueberfall auf den Gadelig der Brüning-Versammlung in Kaiserslautern hat die ganze Opposition der Sozialistischen Volkspartei-Führer gegen den Nationalsozialismus

nach wesentlich gesteigert. In einer großen Wahlversammlung in München, in der Ministerpräsident Selb, Staatsrat Schäfer und Reichstagsabgeordneter Ritter von Ler sprachen, loderte die Empörung in hellen Flammen.

„Das sind Zeichen“, so erklärte Schäfer, „mit denen das neue Regime die Herrschaft antritt. Aber jetzt muß sich der Name Bayern in Deutschland durchsetzen.“

Auch der Ministerpräsident wandte sich direkt an die Berliner Machthaber mit den Worten: „Wer alles auf die rohe Gewalt abstellt und glaubt, politische Anschauungen mit dem Gummiknüppel zu predigen und wer den Terror will, der stellt sich außerhalb jedes menschlichen Denkens und Fühlens.“

Am leidenschaftlichsten äußerte sich der Bayernwacht-führer von Ler mit folgenden Sätzen:

„In diesen Tagen greift die politische Mordlust auch nach Bayern, jener Blutrausch des braunen Uebermenschen, gegen den wir bisher viel zu zurückhaltend gewesen sind.“

Die Leute, die von einem Hohenollerndiktator in Deutschland träumen, mögen die Finger von Bayern lassen. Wir werden uns weder einen preussischen Prinzen noch einen braunen Parteivogel importieren lassen. Wenn wir einen Mann brauchen, der Bayern in allerletzter Stunde retten soll, dann holen wir uns den Stammesherzog aus der eigenen tausendjährigen Geschichte. (Lobender Beifall.)

Und wenn man dann denkt, auch ohne die 51 Prozent am Ruder zu bleiben, dann haben die anderen die Verfassung gebrochen und uns in die Notwehr gedrängt. Dann werden wir marschieren und dafür sorgen, daß die bairische Heimat intakt bleibt.“

Herr Rüst setzt weiter ab

Beurlaubungen beim Berliner Provinzialschulkollegium Ein berühmter Pädagoge unter den Abgehenden

Der preussische Unterrichtsminister Rüst hat am Dienstag mit sofortiger Wirkung den Vizepräsidenten des Berliner Provinzialschulkollegiums, den Sozialdemokraten König, und die beiden Abteilungsdirektoren Dr. Israel (D. Pol.) und Rummelow (SPD) mit sofortiger Wirkung beurlaubt. An ihrer Stelle treten ein Oberlehrer Dr. Woeller und ein Regierungsdirektor Sassenstein.

Beurlaubt wurde ferner: der Leiter der Berliner Karl-Marx-Schule, Oberstudiendirektor Dr. Karst, dem ausbleibend sein Verbleiben an der Universitäts-für ausländisches Schulwesen einzuweisen werden soll. Karst ist Sozialdemokrat und einer der besten und bekanntesten Pädagogen Deutschlands. Die von

ihm organisierte Karl-Marx-Schule ist eine höhere Lehranstalt mit der modernsten Erziehungsart, die von den europäischen Pädagogen und vielen Ländern als Musteranstalt betrachtet und nachgeahmt worden ist. Seit Jahren ist den schwarz-weiß-roten Reaktionen und ihrer Presse diese Schule ein Dorn im Auge. In der Nacht angelangt, hat die „Arbeiterpartei“ Hitlers den schwarz-weiß-roten Reaktionen sofort den lange ersehnten Gefallen getan. Die Schule soll „umorganisiert“, d. h. als würdiges Glied der Reaktion eingereiht werden.

Die Zustände im neuesten Preußen

Landjäger an der Ausübung ihres Dienstes verhindert SA-Leute werden Hilfspolizisten

Welche Zustände im neuesten Nazi-Preußen immer mehr eintreten, zeigte sich in einer Versammlung in Zschornewitz. Als Landjäger den Nazi-Gauleiter Jordan bei jeder anderen Versammlungsbegehung nach Waffen durchsuchen wollten, trieben sie auf lebhaftesten Protest, SA- und SA-Leute drängten die Landjäger unter einer Flut von Schimpfwörtern aus dem Saal. In Senda forderte Jordan, daß sich der Bürgermeister wegen irgendeiner Sache in der Nazi-versammlung beschuldigen, sonst würde er drei handfeste Kerle schicken und ihn holen lassen.

Dortmund, 21. Februar. (Eigener Drahtber.)

In einzelnen Polizeipräsidien des Westens wie in Köln, Rodlinghausen, Essen usw. sind eine größere Anzahl SA-Leute als Hilfspolizeibeamte eingestellt worden.

Rabinett Daladier gefährdet sich selbst

Die Regierung Daladier hat in einem Ministerrat beschlossen, Disziplinarmaßnahmen gegen diejenigen Beamten zu ergreifen, die sich bei den Protest-Kundgebungen gegen die beabsichtigte Kürzung der Gehälter gebunden schwere Verfehlungen haben zu Schulden kommen lassen. In welchem Umfang Strafen verhängt werden, ist noch nicht bekannt. Dieser Beschluß, der bei den Beamtengeverkschaften und der sozialistischen Kammerfraktion große Erregung hervorgerufen hat, kann für die Regierung sehr gefährlich werden.

Vertreter der sozialistischen Kammerfraktion empfangen am Dienstag eine Abordnung der Beamten-gewerkschaften, die erklärte, daß die Beamten bereit seien, mit allen Staatsbürgern an der Wiederaufrichtung der Finanzen mitzuwirken, daß sie aber jedes Opfer, das nur die Finanzen treffen, ablehnen würden. Der Führer der Abordnung, Joseph Jünger, sagte hinzu, daß der allgemeine Gewerkschaftscharakter sich mit den Beamten solidarisch erkläre.

Morgen wieder

Reste

Fabrik- und Lagerreste
Abschnitte und Coupons
unvergleichlich billig!



Sämtliche Seiden- und
reinwoollenen Kleiderstoff-Reste
bis 60% herabgesetzt!

Handtuchstoff-Reste geeignet für Wisch-, Resier- und Spültücher, gute halb- und reinleinene Qual., Stück 15, 10 5	Hemdentuch-Reste 80 cm breit, gute, feine Qualität in Läng. von 1-2 Mtr., Meter 22	Inlett-Reste gute, lederdicke Körperqualität, Deckbettbr. Mtr. 1,25, Klassenbreite Meter 88	Bettlamast u. Wallisreste erprobte Qual., moderne Muster, Deckbettbreite Meter 1,25, 98 Pf., Kissenbreite Meter 68 58	Züchenstoff-Reste waschichte, erprobte Qualität, Deckl. br. Mtr. 75 Pl., Kissenbreite Meter 39
Gesichtshandtuch-Reste nur gute Drell- und Körperqualit., zum Ausschuchen Stück 39, 28 14	Renforcé-, Mako-, Linon- und Madapolame-Reste 80 cm bis, erschl. Qual., in Längen von 1 1/2 bis 4 Meter Meter 36	Lakendaulas- und Kreas-Reste 150 u. 130 cm schwer, Qual., je n. Qual. und Breite Meter 78	Bettlinon-Reste 130 cm breit, vorzügliche Qualitäten in Längen von 4,10 Meter Meter 75	Matratzendrell-Reste grau-weiß gestreift, 110 cm breit, verschiedene Längen Meter 69
Damast-Tischtücher 1 Posten Größe 130/160 cm, in weiß oder mit aparten Indantkanten, Stück 215	Weiße Körperbarchant-Reste 80 br., Lg. 1 1/2 bis 5 m, Meter 36, 45	Damast-Handtücher 1 Fabrikposten halb- und reinleinene Qual., mit Fabrikationsfehlern, z. Auss., St. 39	Große Mengen Gardinen-Fabrik-Reste in verschiedenen Größ., je nach Größe u. Qual. im Rest Meter 45, 35	Vorhangstoff-Reste Körper, Damast u. Schwedenstreifen, sowie Landhaus-Gardinen bis 90% unter regulärem Wert!
Flammenrips-Reste prachtvolle Muster und Farben nur kleine Reste Rest 65, 35	Einzelne Halbstores klein, Fabrikat., gewbt. Gitterstoff u. Etamine, Stück 1,45, 95 58	Gr. Mengen Querbehänge a. gewbt. Tüll, Madras, Rips u. Leinen, kl. Fabrikat., je nach Qualit., Stück 1,75, 1,25, 75 45	Möbelkattuné-Reste ca. 80 cm breit, 6 Mtr. lang, schöne Muster, im Rest Meter 58, 48	Möbelsatin- u. Krepp-Reste 80 cm breit, 5 Mtr. lg., gedeckte Muster, im Rest... Meter 85
Gardinen- u. Leinentügel versch. Breit., z. T. paarw., mit klein. Fehlern od. etwas angest., je nach Qualit., 1,95, 1,45, 95 58	Künstler-Garnituren 3 fig., kremelbg., Biedermeierst., bunt. Schwedenstreif. u. dunkel Madras, kleine Fehler, Garnitur 3,95 295	Wachstuch-Reste auf Barchentdruck, schöne blau-weiße und and. Must., in verschied. Größen, je n. Größe 78, 55, 38 20	Blusen- und Kleider-Velour-Reste gute mollig Qual., im gedeckt. Druckmustern, im Rest... Meter 38	Pyjama-Flanell-Reste in schönen Streifen- und Blumenmustern im Rest Meter 55
Oberhemden-Popeline-Reste seidenglänz. Qualit., große Längen, Mtr. 95, 58 Pl. kleine Längen Meter 38	Wochenend-Hemden-stoff-Reste große Läng., mod. Muster, Mtr. 35 Pl. Läng. bis 1 1/2 Mtr., Mtr. 25	Bedruckte Waschsamtreste gute, florste Körperqualität, schöne Druckmuster Meter 78	Hauskleiderstoff-Reste nur gute Strapazier-qualität... Meter 58	Schürzenstoff-Reste 116 cm breit, in guter schwerer Qualität im Rest Meter 75
Tweed-, Bouclé- u. Krepp-Schotten-Reste große, mod. Muster- auswahl, Meter 75, 38	Z. Ausb. v. Dam- u. Herr-Trikotagen Sommer- u. Winter-Trikot-Reste in vorteilhaft. Stücken, je nach Gr. 25, 15, 10	Bedruckte-Waschkunsts. Reste nur gute, z. T. Bem- bergqual., schöne Druck- muster, Meter 58, 48	Sezge- u. Duchesse-Reste 80-140 cm br., Kunst- seide, für Mäntel und Kostüme, in all. richtig. Farbönen Meter 95	Eine Unmenge Päckchen- Sticker-Reste enth. einige Mtr. Wäsche- stück, in versch. Breiten u. Ausführg., Päckchen nur 10

Familien-Anzeigen

Widow der Nahrungsmittel u. Getränkehandlung
Vorstand der Nahrungsmittel u. Getränkehandlung
Am 19. Februar verschied unser langjähriges Mitglied, der Brauereiarbeiter
Julius Dambock
im Alter von 48 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.
Beerdigung Mittwoch, 15.30 Uhr, von der evangel. Leichenhalle in Cosel. Trauerhaus: Alsenstraße 54.

Am 19. Februar verschied unser langjähriger Arbeitskollege, der Arbeiter
Julius Dambock
im Alter von 48 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Belegschaft der C. Kipke-Brauerei A. G.
Beerdigung Mittwoch, 15.30 Uhr, von der evangel. Leichenhalle in Cosel.

Genossen! Eure Familienanzeigen der Volkszeitung

STADTTHEATER

Mittwoch, 20 - 22.45
Abendvorstellung F 11
Adoniso
Donnerstag, 21 - gegen 23
Götterdämmerung
Freitag, 19.30 - gegen 23
Zango um Mitternacht

LOBETHATER

Täglich 20.15 - 21.40
Veinz Friedrich von Somburg
GERHART HAUPTMANN THEATER
Täglich 21.15 - 22.15
Donna Diana

SCHAUSPIELHAUS

Telefon 303 00
Infolge des sensationellen Erfolges bis auf Weiteres tägl. 2 x 4.30 u. 8.15 Uhr.
Im weißen Röhl
Nachm. 30 Pf. bis 1.25
abends 30 Pf. bis 2.50
Sonabend, 25. u. Sonntag, 26. Februar, nachm. 21. Uhr: Breslauer Kinder-Theater
„Und wer fährt mit?“
Preise 30 Pf. bis 1.25

WAPPENHOF

Neute Mittwoch:
Keine Nachm.-Vorstellung
Ab 7.30 Uhr
Keglers Fasching
3 Balkkapellen - Varieté
Morgen Donnerstag u. Freitag: 4.30 Die 8.30
letzten 4 Vorstellungen des 2. Februar-Programms

Wenig gebrauchte
Phönix-Nähmaschinen
neil unter Neupreis, mit Garantie
Bequeme Monatsraten!
Jul. Dressler & Co., Ring 6

Radio-Geräte

finden Sie
in größter Auswahl bei
Felix Kayser
Ring, Am Rathaus 26

Masken, Theaterkostüme

neue, erstklassige und preisgekürzte
verleiht billig größtes Spezialhaus
H. Wiersing Messergasse 50
(am Neumarkt)
Telefon 216 44

BEI VERGEBUNG VON
DRUCKSACHEN
BERÜCKSICHTIGEN INDUSTRIE UND
HANDEL, KOMMUNAL- UND STAATS-
BEHÖRDEN, PARTVEREINE, GEWERK-
SCHAFTEN, KRANKENKASSEN, ARBEITER-
SPORT- UND VERGNÜGUNGSGEMEINSCHAFTEN DIE
BLUCHDRUCKEREI DER
VOLKSWACHT
BRESLAU II, FLURSTRASSE 4-6

**Brauchst Du Geld,
Sei ohne Sorgen,
Leihhaus Wachtel**
Wird Dir borgen
Geld auf Pfänder aller Art
Schmedebücke 64/65, 1. Etage - Tel. 242 19

Wer hat Bargeld?

Außergewöhnliches Fahrrad-Angebot!

Bekanntes Fahrradfabrik bringt im Frühjahr neue Chrom-
Modelle heraus. Noch vorhandene Modelle 1932 in
verminderter Ausführung jetzt besonders günstig zu kaufen.
Herren- oder Damen-Fahrrad RM 40.-
5 Jahre schriftl. Garantie. Fabrikneue Räder! Mit Torpedo-
oder Komet-Freilaufnabe. Rahmen elegant, leicht, befest.
Material, Emailierung tiefblau, hübsche Zierlinien, Ventil-
ringe engl. oder deutsch, Fabr., Handbremse, Glöde, Halter,
Werkzeug, Pumpe, gebl. vermindert, Zug- und Druckstiel,
1 a Doppelglödenlager, 2 mm Spielchen, rostfrei, Stahlfelgen
schwarz od. holzfarben, Rindlicht lt. polizeil. Vorschriften, Metall-
Kleinteile unterkupfert u. hochglänzend vermindert. Für Ballon-
bereitung kein Aufschlag. Continental-Bereifung. Verierung
erfolgt nur gegen Nachnahme. Bei Nichtgefallen Rücknahme
und Kostenerstattung. Bestellen Sie sofort, da nie so günstig!
Schreiben Sie unter A. 404 an die Volkswacht, Flurstr. 4.

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat
Breslau 2 * Flurstraße 4/6

Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft zum Vorteil!

zur praktischen Lösung aller täglichen Bedarfsfragen und

P. Pohl

Beste und billigste Bezugsquelle
für Schokoladen, Kakao, Zucker- und
Marzipanwaren, Leb- und Honigsuchen,
Waffeln und Zwieback.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Pomanti

Der köstliche
Apfelwein
Altschleier
Weisen
Sie
Nach-
ahmungen
zurück!



Quabis Brot
isobakert und gut

In allen Stadtteilen kaufen Sie
Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine
billig und gut nur von
Carl Jos. Kestler, Inh.: O Klein
Friedr.-Wilhelmstr. 29, Klosterstr. 47, Markt-
halle Gartenstr., Stand 125/126, Bismarckstr. 27

BLUMENSCHULZ
Tel. 2946 Robert Schütz, Breslau 2 Tel. 2946
Metzler für moderne Herrenkleider
Gartenstraße 98, gegenüber Hauptbahnhof

Schlesische Mühlenwerke

Aktiengesellschaft Breslau
**Hervorragend gute
Weizen- und Roggenmehle**
Spezialität
Auszugmehl „Schneeflocke“
erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“

Paul Peschke
Messergasse 1
Billigste Bezugsquelle
für Lebensmittel
- Kolonialwaren
Täglich Frischgemüse
Kohlenhandlg.: Wäschemangel

Central-Dampfmolkerei Bettlern
Hermann Walter
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 39
Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebs-
einrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg

Schuhe nur bei

Inuhvogel

Friedrich-Wilhelm-Straße 56
Scheitniger Straße 12, Ecke Adalbertstr.

Für Bastler

alle Kehl- und Schnitz-
leisten - Laubsäge- u.
Sperrholz - Drechsel-
waren u. Möbelaufgaben
an billigsten bei
Messergasse 10-13
Paul Stephan

Im Zentrum der Stadt ist das

Hotel „Gelber Löwe“

Oderstr. 23 / Inh.: Richard Selbst
Täglich ab 4 Uhr früh geöffnet!
Freundlicher von 1.50 Mk. an / Beste Bewirtung.
Großes u. kleines Vereinszimmer für alle Gelegenheiten frei!

HUT-ROSENTHAL
Bischerplatz 5
Neue Schweidnitzer Str. 5a

Kauft bei Blasse

Blasse ist billig

Nur Graupenstr. 12

Herren- u. Knaben-Bekleidung
die durch Qualität und Preis
größte Zufriedenheit erzielt
ist besser als
L. Prager Albrechtstr. 51
Ecke Schuhbrücke



Fisch Aberle
Hahnsstr. 159

Joh. Hammerling Grünstraße 15
Ecke Palmstr.
Edeka Geschäft
Kolonialwaren • Weine • Spirituosen

Trinkt Nischke-Creme
überkann, verzüglich

Täglich frische
Seefische
und Räucherwaren
Richard Polke
Anderssenstraße 16

**Herren-Friseur
Erich Gude**
Bärenstr. 22
im Hause des Liegnitzer
Brauerei-Ausschanks

**Buchdruckerei
Volkswacht**
BRESLAU
Flurstraße 4/6

**Hausfrauen kaufen
prima Fleisch-
und Wurstwaren
stets bei
Ernst Heide**
in der Rittermarkthalle
Stand 26

Die Wehrpflichtfrage steht zur Debatte

Kritische Worte über die Miliz

Von Nationalrat F. Deutsch

ehemaliger österreichischer Wehrminister

Vorweggenommen sei, daß der Antrag zur Diskussion über die Miliz keineswegs ernst genommen zu werden braucht. Weder die französischen noch die deutschen Machthaber denken daran, eine wirkliche Miliz einzuführen.

In der Auseinandersetzung der Staatsmänner über die geplante Aenderung des Wehrsystems wird das Wort Miliz gebraucht, aber ihre Absichten haben mit diesem Begriff nur einen entfernten Zusammenhang. Was unter den Staatsmännern zur Diskussion steht, ist nicht die allgemeine Volksbewaffnung, wie sie einstens von Taurès und Babel gefordert wurde, sondern die Ergänzung eines Berufsheeres durch eine größere Anzahl von Soldaten mit kurzer Dienstzeit, also Berufsheer plus Milizsoldaten. Trotzdem also die offizielle Welt hüben und drüben an gar keine wirkliche Miliz denkt, ist in der sozialistischen Internationale eine Diskussion darüber entstanden, ob für das Proletariat eine Miliz erstrebenswert wäre.

Die Befürworter der Miliz gehen von dem Gedanken aus, daß die allgemeine Volksbewaffnung die notwendige wehrhafte Ergänzung der politischen Demokratie sei. Lassen wir uns auf keine theoretischen Konstruktionen ein, sondern schauen wir uns um, welche Erfahrungen mit den verschiedenen Wehrsystemen in den letzten Jahrzehnten gemacht wurden! Da bemerken wir schon auf den ersten Blick, daß die politische Demokratie eines Landes durchaus nicht so unmittelbar vom Bestand einer Miliz abhängt, wie es nach der Theorie den Anschein hat.

Kein Mensch wird daran zweifeln, daß zum Beispiel Schweden ungefähr jenes Höchstmaß von Demokratie besitzt, das innerhalb des kapitalistischen Produktionsystems möglich ist. Aber Schweden hat keine Miliz, sondern ein stehendes Heer, nämlich Soldaten von Berufssoldaten, vermehrt durch kurzdienende Soldaten der allgemeinen Wehrpflicht. Oder England: das großbritannische Weltreich kennt in seinem ganzen Arealgebiet nur Söldnerarmeen, also Heere, die ausschließlich aus Berufssoldaten bestehen. Hat man deshalb bemerkt, daß die politische Demokratie in Großbritannien auf gar so schwachen Füßen steht? Andererseits haben sich die Schweizer Milizsoldaten als sehr kräftige Stützen reaktionärer Regierungen erwiesen. Ich will hier keineswegs bloß auf den traurigen Genfer Zwischenfall im Herbst 1932 anspielen, der vielleicht nur ein Zusammentreffen unglücklicher Umstände war, sondern auf die ganze Entwicklung der Machtverhältnisse in den letzten Jahrzehnten schweizerischer Geschichte.

Österreichs Volkwehrgesetz und später die Angehörigen des neuen Bundesheeres haben sich ein Jahrzehnt lang als ein sehr kräftiges Bollwerk der Demokratie bewährt. Daß das heute nicht mehr in dem gleichen Maße der Fall ist, beweist noch nichts gegen das System des Söldnerheeres, sondern zeigt vielmehr, daß die Aenderung politischer Machtverhältnisse auch die Wehrmacht beeinflussen muß. Weil Österreich eine bürgerliche, konservative Herrschaft bekam, mußte schließlich auch die Wehrmacht diese Färbung annehmen. Aber was ist es sehr bemerkenswert, daß sich in der Wehrmacht die Entwicklung zu einer bürgerlichen Ideologie viel langsamer vollzog, als im zivilistischen Teil des Volkes. (In Österreich haben die Soldaten volle Bürgerrechte und gewerkschaftliche Koalitionsfreiheit. Red.)

Man kann demnach, wenn wir die praktischen Erfahrungen beiseite lassen und ohne weiteres sagen, daß die Miliz die allein mögliche und zweckentsprechende Form der Wehrmacht der Demokratie sei. Es ist vielmehr so, daß zwischen der politischen Demokratie und ihrer Wehrmacht eine Wechselwirkung besteht. Das Heeresystem ist dabei nicht das Entscheidende, sondern die Heeresverfassung. Ob Miliz oder stehendes Heer oder Söldnerarmee ist nicht so bedeutungsvoll, als es die unentwegten Befürworter der Miliz annehmen. Selbst Söldnerarmeen lassen sich in demokratischer Art führen und verwalten, womit sie dann aufhören, eine Gefahr für die Demokratie zu bilden. Natürlich wird diese Art der Ver-

Schließlich soll nicht vergessen werden, daß gegenüber dem Söldnerheer die Miliz eine Ausrüstung darstellt. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als Friedrich Engels seine Untersuchungen über die Volksbewaffnung anstellte, hatten die entscheidenden Militärstaaten große stehende Heere. Denen gegenüber erschien die Miliz als eine Abstraktion. Das ist nun ganz anders geworden. Deshalb kann man die jetzt zur Diskussion stehenden Wehrprobleme nicht einfach mit ein paar Zitaten aus den Engelschen Schriften zu lösen versuchen.

Aus diesen Erwägungen heraus haben sowohl das deutsche wie das österreichische Parteiprogramm die Forderung nach einer Miliz, die in der Vorkriegszeit in jedem sozialistischen Programm stand, nicht mehr aufgenommen. Der Streit um die Miliz ist einigermassen müßig, denn nicht auf das Heeresystem kommt es an, sondern darauf, wie ein Heer aufgebaut ist, welche demokratische Kontrolle im Heere selbst und über das Heer besteht, mit einem Worte, wie die Verfassung des Heeres aussieht.

Wehrpflicht abgelehnt

Zunächst sei festgestellt, daß jede Wehrformation im Gegensatz zu vielen anderen gesellschaftlichen Organisationen so aufgebaut ist, daß es Führung und Gehorsam gibt, was wiederum bedingt, daß es Befehle gibt, die von der Gehorsamspflicht bedingungslos ausgeführt werden müssen. Eine Einwirkung der Gehorsamspflicht auf die Führung gibt es nicht. Wenn die Führung auf Stim-

mungen der Gehorsamspflicht Rücksicht nimmt, so ist dies erst dann, wenn innerhalb der Gehorsamspflicht bezerrigter Teilhaftigkeit Zustände eingetreten sind, die bereits hart an die Grenze offenen Unfriedens gerückt sind. Derartigen kriegerischen Zuständen baut jede Führung einer Wehrformation vor, indem sie derart scharfe Kontrollorgane in den Apparat einfügt, daß jeder Widerstand im Keime erstickt wird. Es darf in der Wehrorganisation keine andere Meinung geben, als die der Führung, was wiederum bedingt, daß die „geistige Schulung“ nach einseitigen Gesichtspunkten vorgenommen wird. Derart feste Dogmen sind die Meinung der herrschenden Klasse. Sie werden gelehrt und wenn überhaupt gegnerische oder überhaupt nur andere Gedanken an die Gehorsamspflicht herangebracht werden, so ist damit gleichzeitig die Wertung verbunden, die die herrschende Klasse ihnen gibt.

Als die Diskussion über die Wehrpflichtfrage von dem „Jungen Kämpfer“ eröffnet wurde, war General von Schleicher Reichskanzler. Inzwischen ist Adolf Hitler im Reichskanzler-Palast eingesetzt. Beiden schwebten staatliche Jugendorganisationen mit nationalsozialistischem Aufbau vor, so wie er vorstehend dargestellt ist. Der Unterschied zwischen den beiden Kanzlern besteht lediglich darin, daß Schleicher dieses Ziel auf Umwegen erreichen wollte, weil er klug genug war, die gesellschaftlichen Widerstände richtig zu erkennen, während Hitler dies auf einem kürzeren, direkten Wege erreichen will. Diese Aenderung der Taktik des Gegners bedingt eine Aenderung unserer Taktik. Wir — und vor allen Dingen diejenigen in unserem Lager, die versucht zu sein scheinen, auf die Verlockungen Schleichers zu reagieren — sehen jetzt klarer. Die Fronten sind schärfer abgegrenzt.

Wir müssen alles daransetzen, um zu verhindern, daß unsere Jugend in eine, von der Reaktion faschistischer und konservativer Prägung beherrschte staatliche Jugendorganisation eingegliedert und so unserem Einfluß entzogen wird. Es würde, wie in Italien, eine Generation errogen werden, die im Sinne der Reaktion erogen ist und die, wenn sie sich überhaupt einmal freimachen kann, nicht dazu fähig ist, am Aufbau des Sozialismus mitwirken zu können.

Zu dieser unserer Ablehnung vom pädagogischen Standpunkt aus, gesellt sich der wirtschaftliche Standpunkt. Es ist abwegig, wenn man glaubt, die Wirtschaft mit einem Arbeitsdienst anzukurbeln oder den Arbeitsmarkt durch „Unterbringung“ einiger hunderttausend Jugendlichen zu entspannen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes hängt ab von der künftigen Entwicklung der Kaufkraft. Es glaubt wohl kaum jemand, daß diese Kaufkraft durch die Pflichten der Arbeitsdienstpflichtigen oder Angehörigen irgendwelcher staatlichen Jugendorganisationen mehrproduziert wird. Man kann nicht glauben, daß solche Einrichtungen besonders produktiv sind, sie sind höchstens geeignet, wirtschaftlich unrentable Betriebe zu erhalten, was dem wirtschaftlichen Fortschritt hemmend entgegensteht.

Hieraus ergibt sich die Stellungnahme der Jugend, die an einem wirtschaftlichen Aufstieg interessiert ist und die heute schon zum großen Teil erkannt hat, daß die Kapitalisten nicht in der Lage ist. Deswegen lehnen wir den Kapitalismus und alle Methoden, die ihn konservieren können, ab.

Unsere Aufgabe ist es, durch Verbreiterung der Basis der sozialistischen Jugendarbeit, die proletarische Jugend zu Menschen zu erziehen, die geeignet sind, am Aufbau des sozialistischen Staates mitzuwirken.

Junge Sozialdemokraten Breslau

Wir wollen keinen Krieg

Die zurückliegenden Jahre haben den Beweis erbracht, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit Formen angenommen hat, wie sie nie in der heutigen modernen Gesellschaft möglich sind. Die letzten Reste demokratischer Prinzipien werden verlassen, von oben herab das Volk regiert. Die wirtschaftliche und geistige Not der Jugend wird mit Worten abgetan. Unter dem Schlagwort „Zerstückung des Schandvertrages von Versailles“ kämpfen politische Parteien rechts und links von uns um die Stimmen der Wähler. Die „Neuordnung der Dinge“ ist eines der vielen anderen Schlagworte, die den Weg frei machen sollen zur nationalen Einheit. Diese Wege müssen zu neuen gewaltigen Auseinandersetzungen zwischen den

Bundestag der deutschen soz. Jugend in Polen

Am Sonntag, dem 15. Januar, hat der „Deutsche sozialistische Jugendbund in Polen“ in Kattowitz seinen vierten Bundestag abgehalten. Die Organisation, die am 3. Mai 1924 in der roten Gemeinde Alexanderfeld bei Bielefeld im früheren Österreichischen Schlesien gegründet wurde, hat sich in der beinahe zweijährigen Berichtsperiode gut entwickelt. Die letzte Bundeskonferenz hatte beschlossen, die Bundesleitung aus dem Lodzer Organisationsbezirk in den schlesischen zurückzuverlegen. Von hier aus erhielt die Bewegung neuen Antriebs. In den schlesischen Bezirken hat sich die sozialistische Jugendarbeit auf Grund der früheren, teils heute noch bestehenden Verbindungen zur reichsdeutschen und sudetendeutschen Organisation besser entwickelt, als in dem in sozialistischer Jugendarbeit weniger erfahrenen Lodzer Organisationsbezirk.

In den beiden schlesischen Bezirken konnte die Mitgliederzahl um 40 Prozent gesteigert und neue Ortsgruppen gegründet werden. Der Kattowitzer Bezirk zählt 482 Mitglieder in acht Ortsgruppen und der Bielefelder Bezirk 257 Mitglieder in fünf Ortsgruppen. Am aktivsten ist die Jugendarbeit im Kattowitzer Bezirk, was nicht zuletzt auf das überaus gute Zusammenarbeiten zwischen der Jugendorganisation und der Partei zurückzuführen ist. Hier wird nicht nur vorzügliche Jugendarbeit geleistet, sondern auch die gesamte deutsche sozialistische Arbeiterbewegung gefördert. Regelmäßig veranstalten die einzelnen Jugendgruppen sozialistische Kulturabende, die immer einen agitativen Erfolg für die gesamte deutsche sozialistische Arbeiterbewegung bringen. Obwohl die Bedingungen für die Jugendarbeit im Bielefelder Bezirk nicht so günstig sind, konnte der den Tätigkeitsbericht erstattende Bundesleiter Genosse Kowoll mitteilen, daß auch dort Erprobliches geleistet wurde. Alle Schwierigkeiten, die der regelmäßigen Zusammenkunft der Jugendlichen im Wege liegen, werden von den jugendlichen Funktionären herbeiführend überwunden. In einer Funktionärsschule der dortigen Parteiorganisation werden die

Bölkern führen und die Opfer dieser Kriege wird die proletarische Jugend sein.

Wir verdammen den imperialistischen Krieg, weil wir die Auswirkungen desselben kennen. Wir lehnen die Wehrpflicht ab, weil sie eine der Voraussetzungen ist, um Kriege durchzuführen. Wir lehnen die Wehrpflicht ab, weil durch sie der Kaiserhof von wieder Deutschland beherrschen und die Gefahr auf der Hand liegen würde, daß auf Vater und Mutter geschossen wird. Wirtschaftspolitisch betrachtet, bedeutet Krieg Zerstückung der handelspolitischen Beziehungen unter den Völkern. Zerstörung des Vertrauens und eine neue Aufrüstung, um den „neuen Feinden“ neuen Widerstand entgegenzusetzen.

Miliz oder stehendes Heer ist in diesem Zusammenhang belanglos. Auch die auf demokratischen Prinzipien aufgebaute Miliz ist Kampfmittel des Kapitals gegen den inneren Feind. Welche Chance aber hat die proletarische Revolution, wenn wir der Wehrpflichtfrage ablehnend gegenüberstehen?

Noch sind wir ideologisch an den Staat gebunden; wir verteufeln den Staat, die deutsche Republik. Wir versuchen Machtpositionen zu erreichen und konnten es doch nicht erreichen, daß die ausführenden Organe des Staates nicht in unserer, das heißt in der Hand der organisierten Arbeiterklasse blieben. Die Urfragen sind in diesem Zusammenhang nicht zu unterlassen. Reichswehr und Polizei sind heute Machtmittel in der Hand des Gegners. Die Mittel und Wege zu neuem Machtanbruch des Proletariats sind noch nicht festgelegt. Vor allem müssen wir dafür sorgen, daß Aufklärung alles erreicht, um zu verhindern, daß Proletarier gegen Proletarier kämpfen, als Spielball und Werkzeug der kapitalistischen Mächte.

Das Heer der Arbeiter muß in einer Front stehen, das ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Unser Feind ist der Privateigentumskapitalismus. Die Front gegen ihn und nicht mit ihm, rufen wir allen Proletariern zu. Baut die Eisene Front, baut die Junge Front aus, dann gibt es keine Wehrpflicht, dann gibt es keinen Krieg.

Freie Gewerkschafts-Jugend Breslau

Notverordnete Fürsorgeerziehung

Die seit einiger Zeit angekündigte Notverordnung zur Fürsorgeerziehung, gegen die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt (schon seit Monaten Stellung genommen haben, ist nun erschienen.

Sie enthält zwar keine Bestimmungen über das Arbeitshaus, aber was sie enthält, ist schlimm genug. Bisher war geltendes Recht, daß Minder- und Kinder, deren Eltern das Verpflegungsgeld entzogen ist, der Fürsorgeerziehung überwiehen werden durften, wenn die Aufwendung besonderer Mittel für die Erziehung bei anderweitiger Unterbringung notwendig war. Jetzt können diese Jugendlichen zur Verhütung der Verwahrlosung, auch wenn anderweitige Unterbringung erforderlich ist, aber ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel nicht erfolgen kann, der Fürsorgeerziehung überwiehen werden. Bisher war also für Minderjährige dieser Art das Jugendamt zuständig, das konfessionell neutral ist. Jetzt werden sie der konfessionellen Fürsorgeerziehung überwiehen.

Die Fürsorgeerziehungsbehörde bringt sie in Anstalten oder in Familien unter, bei denen sie, im Gegensatz zu den Unterbringungsstellen der Jugendämter, die Erziehung nur gelegentlich überwachen kann. Dabei wird die Fürsorgeerziehung in unübersehbarer Weise ausgedehnt. Denn Städte und Landkreise, die Träger der Jugendämter, sind in solcher Finanznot, daß sie in allen Fällen, in denen sie Aufwendungen für diese Minderjährigen haben, Verwahrlosung ankündigen und Fürsorgeerziehung beantragen.

Das Ende der Fürsorgeerziehung tritt nicht mehr bei Volljährigkeit, sondern mit Vollendung des 19. Lebensjahres ein. Bisher war die Entlassung aus der Fürsorgeerziehung wegen Unausführbarkeit aus Gründen, die in der Person des Minderjährigen liegen, nicht möglich, weil ein Bewährungsgebot nicht bestand. Jetzt kann nach Anhörung des Jugendamts entlassen werden wegen Unausführbarkeit der Fürsorgeerziehung aus Gründen, die in der Person des Minderjährigen liegen, wenn die Fürsorgeerziehung mindestens ein Jahr gedauert hat; außerdem, wenn der Minderjährige an erheblichen geistigen oder seelischen Regelmäßigkeiten leidet.

Was soll wohl nach Meinung der Regierenden der noch bestehende sozialistische Apparat der Fürsorgeerziehung, wenn Volkserzieher übernehmen, Schwererziehbare aber auf die Straße geschickt werden? Was mit dieser Notverordnung gemacht wird, ist Schutz für Fürsorgeerziehungsbehörden und Fürsorgeerziehungsanstalten, aber Gefahr für die zu schützende Jugend.

jugendlichen Funktionäre ausgebildet. In beiden schlesischen Organisationsbezirken wird großes Gewicht auf würdige Ausgestaltung der Mai-Antikriegsfeiern und internationalen Jugendtage gelegt. Große Sorgen macht der ganzen Bewegung aber die Führerfrage und das neue politische Vereinsgesetz, durch welches die Parteifunktionäre ein weitgehendes Kontrollrecht auf die Vereinsmitglieder der Gruppen haben.

Außer dem Geschäftsbericht nahmen die Delegierten noch ein politisches Referat des Bundesvorsitzenden, Genossen Kowoll, über das auch für die Arbeiterklasse in Polen aktuelle Thema: „Wie kommt die Arbeiterklasse zur Macht?“ zur Kenntnis. Der Redner verteidigte die Demokratie und klagte leidenschaftlich das jetzt in Polen herrschende politische System ob der brutalen Verletzung des Rechts und der Verfassung an. Er forderte die Delegierten auf, das junge deutsche Proletariat für den Kampf um die Wiederherstellung des Rechts und der Verfassung in Polen zu organisieren.

Bei den Vorstandswahlen wurde Genosse Kowoll zum Vorsitzenden wiedergewählt. Der gesamte Bundesvorstand wurde nur aus Delegierten der beiden schlesischen Organisationsbezirke zusammengesetzt. Genosse Kowoll erklärte, für den neugewählten Bundesvorstand, daß auch die Organisationsarbeit im Lodzer Bezirk wieder aufgenommen wird. Gleichzeitig werden Berichte unternommen, auch in Polen und Kommunisten vorzutreiben. Ein anderes Bundesvorstandsmitglied erarbeitete es ferner für notwendig, mit den deutschen Proletariern in Galizien und Bukowina in Fühlung zu kommen. Bei aller Entschlossenheit, in alle deutschen Erziehungsgelände in Polen mit der Jugendarbeit vorzutreiben, wurde aber ebenso dringend die Zusammenarbeit mit den dortigen sozialistischen Jugendorganisationen in Polen gefordert. Daher soll der Bundesvorstand zur Unterstützung der im Jahre 1932 gebildeten Föderation der sozialistischen Jugendverbände in Polen beitragen.

Geistesblitze

von Adolf Hitler

Die nachfolgenden Ausprüche sind dem schriftlichen Werk des Herrn Reichskanzlers entnommen:

„Die harte Faust des Schicksals, die mir das Auge öffnete.“

„Die Grundlage, auf der die Partei steht, ist der Schildarm des deutschen Volkes.“

„Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing schon damals die „freie Gewerkschaft“ über dem politischen Horizont und über dem Dasein des Einzelnen. Sie war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person.“

„Man wird hoffentlich nicht meinen, daß aus den Stimmzetteln einer alles eher als geistreichen Wählerchaft die Staatsmänner gleich zu Hunderten herauswachsen. Ueberhaupt kann man dem Unfirt gar nicht scharf genug entgegenstellen, daß aus allgemeinen Wahlen Genies geboren würden. Zum ersten gibt es in einer Nation nur alle heiligen Zeiten einmal einen wirklichen Staatsmann und nicht gleich an die Hundert und mehr auf einmal; und zum zweiten ist die Abneigung der Masse gegen jedes übertragende Genie eine geradezu instinktive.“

„Werder ist die militärische Niederlage des deutschen Volkes nicht eine unverdiente Katastrophe, sondern eine verdiente Züchtigung der ewigen Vergeltung. Wir haben diese Niederlage mehr als verdient.“

„Für das deutsche Volk darf man es als ein großes Glück betrachten, daß die Zeit seiner schleimenden Erkrankung plötzlich in einer so furchtbaren Katastrophe abgekürzt wurde, denn im andern Falle wäre die Nation wohl langsam, aber um so sicherer zugrunde gegangen.“

„Das Mädchen soll seinen Ritter kennen lernen. Würde nicht die körperliche Schönheit heute vollkommen in den Hintergrund gedrängt durch unser laffiges Modewesen, wäre die Verführung von Hunderttausenden von Mädchen durch krummbeinige, widerwärtige Judenbankerle gar nicht möglich. Auch dies ist im Interesse der Nation, daß sich die schönsten Körper finden und so mithelfen, dem Volkstum neue Schönheit zu schenken.“

„Analog der Erziehung des Knaben kann der völkische Staat auch die Erziehung des Mädchens von den gleichen Gesichtspunkten aus leiten. Auch dort ist das Hauptgewicht vor allem auf die körperliche Ausbildung zu legen, erst dann auf die Förderung der seelischen und zuletzt der geistigen Werte.“

„Erst in a weiter Linie hat der völkische Staat die Bildung des Charakters in jeder Weise zu fördern.“

„Auch in der Wissenschaft hat der völkische Staat ein Hilfsmittel zu erblicken zur Förderung des Nationalstolzes. Nicht nur die Weltgeschichte, sondern die gesamte Kulturgeschichte muß vor diesem Gesichtspunkt aus gelehrt werden. Es darf ein Erfinder nicht nur groß erscheinen als Erfinder, sondern muß noch größer erscheinen als Volksgenosse.“

„Der schwarzhäutige Judenjunge lauert hundenslang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blut schändet und damit seinem, des Mädchens Rolle raubt. . . Besonders ein Teil des höheren Adels verkommt vollständig. Der Jude weiß das ganz genau und betreibt deshalb diese Art der „Entwaffnung“ der geistigen Führerschaft seiner sächlichen Gegner planmäßig.“

„Solange der Jude nicht der Herr der anderen Völker geworden ist, muß er wohl oder übel deren Sprache sprechen, sobald diese jedoch seine Knechte wären, hätten sie alle eine Universalfrage (A. S. Esperanto) zu lernen.“

„Wer in den jüdischen Zeitungen nicht belächelt, also verläumdet und verlästert wird, ist kein anständiger Deutscher.“

Aufklärung über die Katastrophe von Reinfirchen

Das Gewerbeaufsichtsamt veröffentlicht einen Bericht über die Ursachen bei der Unterjagung der Explosionskataklyse gemachten Feststellungen. Der Explosion des großen Gasbehälters ist bekanntlich eine kleinere Explosion in dem Umgebungsrohr des Gasometers vorausgegangen. Es ist bereits früher festgestellt worden, daß an diesem Umgebungsrohr kurz vor der Explosion noch gearbeitet worden ist. Man nahm aber an, daß nur mit dem Hammer, also auf kaltem Wege, gearbeitet worden sei. Nunmehr wurde ermittelt, daß mit größter Wahrscheinlichkeit unmittelbar vor der Explosion Arbeiten mit dem Schweißbrenner an dem Umgebungsrohr vorgenommen wurden. Da das Umgebungsrohr vorher ausgetrocknet worden war und eine Undichtigkeit dieses Rohres gegen das mit Gas gefüllte Hauptrohr von den Arbeitern nicht bemerkt worden war, hielt man diese Arbeiten für unschädlich.

Schweres Explosionsunglück in Shanghai

Bisher 80 Tote, 70 Schwerverletzte

Eine Gemischtwarenhandlung ist hier in die Luft geflogen. Bisher wurden 80 Leichen geborgen, 70 Schwerverletzte wurden in Krankenhäuser gebracht. Man fürchtet, daß die Schwere der Toten bis auf 200 steigen wird.

Das schwere Explosionsunglück hat die ganze Arbeit in einer Tuchmanufaktur verwandelt, aus dem mit großer Mühe die verletzten Leichen geborgen werden. Auf die erste Explosion, die einen Brand herbeiführte, folgte alsbald eine zweite, durch

die die Wände und die Decke des Maschinenraumes gesprengt wurden. 160 Arbeiterinnen, die in dem darüber liegenden Saal beschäftigt waren, stürzten in die Flammen. Ueber 100 Personen werden noch vermisst.

Brolat-Prozess

In dem Berliner Prozess gegen den des Faltscheides beschuldigten früheren BZG-Direktor Brolat stellte der Vorsitzende am Dienstag fest, daß aus dem von Oberregierungsrat Tapolsti angefertigten Protokoll über die Vernehmung Brolats am 30. Oktober 1929 nicht hervorgehe, ob und in welcher Art Brolat über seine Eidspflicht belehrt worden sei. Zur Sache selbst wurden eine ganze Reihe von Zeugen vernommen. Den Chef und Angestellten der Firma Keller & Furch, von der die Sklarets Anzüge für ihre Freunde bezogen hätten, wollte der Vertreter der Staatsanwaltschaft nachweisen, daß sie dem kriminalpolizeilichen Sachverständigen nach der Verhaftung der Sklarets bewußt unrichtige Kontoauszüge vorlegen ließen. Die Keller & Furch-Zeugen bestritten derartige Täuschungsabsichten. Schließlich wurde noch der frühere Stadtbankdirektor Hoffmann vernommen, dessen leichtsinnige Kreditgewährung seinerzeit im Sklaretsprozess eine erhebliche Rolle spielte. Hoffmanns Vernehmung bestätigte den früheren Eindruck, daß der Stadtbankdirektor dem Amt, das er verwaltete, nicht gewachsen war. Der Zeuge bestritt im übrigen, daß er nach Ausübung des Sklarets-Skandals Direktor Brolat kniefällig erjucht habe, ihm bei der Vertuschung seiner freundschaftlichen Beziehungen zu den Sklarets behilflich zu sein. Hier steht Aussage gegen Aussage. Fortsetzung der Verhandlung am Donnerstag.

3,9 Millionen Rotter-Passiven

Der dem Amtsgericht Charlottenburg fand gestern eine außerordentlich stark besuchte Gläubigerversammlung in der Konkursangelegenheit der Gebrüder Rotter statt. Der Konkursverwalter teilte mit, daß sowohl die bevorrechtigten als auch die nicht bevorrechtigten Gläubiger leer ausgehen würden. Eine Konkursbilanz habe er noch nicht aufstellen können, denn die Geschäftsbücher befänden sich noch bei der Staatsanwaltschaft. Außerdem seien die Rechtsverhältnisse bei den einzelnen zum Rotter-Konzern gehörenden Theatergesellschaften sehr undurchsichtig. Die Passiven bezifferte der Konkursverwalter auf annähernd 3,9 Millionen Mark. Bei Prüfung der Banknoten sei festgestellt worden, daß bei der Dresdener ein Debet von einer Million bestiehe und daß ferner kurz vor der Flucht auch bei verschiedenen anderen Banken größere Abhebungen vorgenommen worden seien. Die nächste Gläubigerversammlung wurde für den 21. März festgelegt.

Neue Erdstöße im Oberrheingebiet

Gestern nachmittag etwa um 4,50 Uhr wurden in Karlsruhe zwei heftige Erdstöße verspürt. Die beiden Erdstöße sind sowohl auf der Karlsruher Technischen Hochschule, als auch von der Sternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg um 16,46 Uhr und um 16,49 Uhr registriert worden. Nach den übereinstimmenden Beobachtungen beider Institute, scheint der Herd des Bebens in der gleichen Gegend zu liegen, wie der der Erderstütterung am 8. Februar. Die Erdstöße wurden auch in Bruchsal, Freiburg i. Br. und Lahr, ebenso in Stuttgart und anderen Orten Württembergs deutlich wahrgenommen.

5 Autoschieber

Beamte des Autodiebstahlsbezirks der Berliner Kriminalpolizei verhafteten eine aus zwei und eine aus drei Mann bestehende Autoschieberkolonne. Die Festgenommenen hatten eine Anzahl junger Burken mit Erfolg dazu angehalten, in den Straßen Berlins Kraftwagen zu entwenden, die dann von ihnen „umgebaut“ und weiterverkauft wurden. Eine ganze Reihe von Prägestempeln, Stangen, Kühlerfiguren und Plaketten konnten beschlagnahmt werden.

Die Braut erschossen

Der Arbeiter Emil Jansen in Gladbach-Rhepdt erschoss gestern früh seine Braut Mechthild Wager in deren elterlichen Wohnung. Nach kurzer Flucht wurde der Täter auf freiem Felde gestellt. Bei seiner Festnahme wollte er sich erschießen. Der Versuch konnte aber verhindert werden.

Die Taten des Verbrechertrios Pieper-Schulte-Scheer in Dortmund

Die Dortmunder Kriminalpolizei veröffentlicht einen umfangreichen Bericht über die Mordtaten der Pieperschen Bande. Bis jetzt sind drei Fälle einwandfrei geklärt. Der Bericht gibt erschütternde Einzelheiten über die Entführung und Ermordung des Holzgroßhändlers Harowitz.

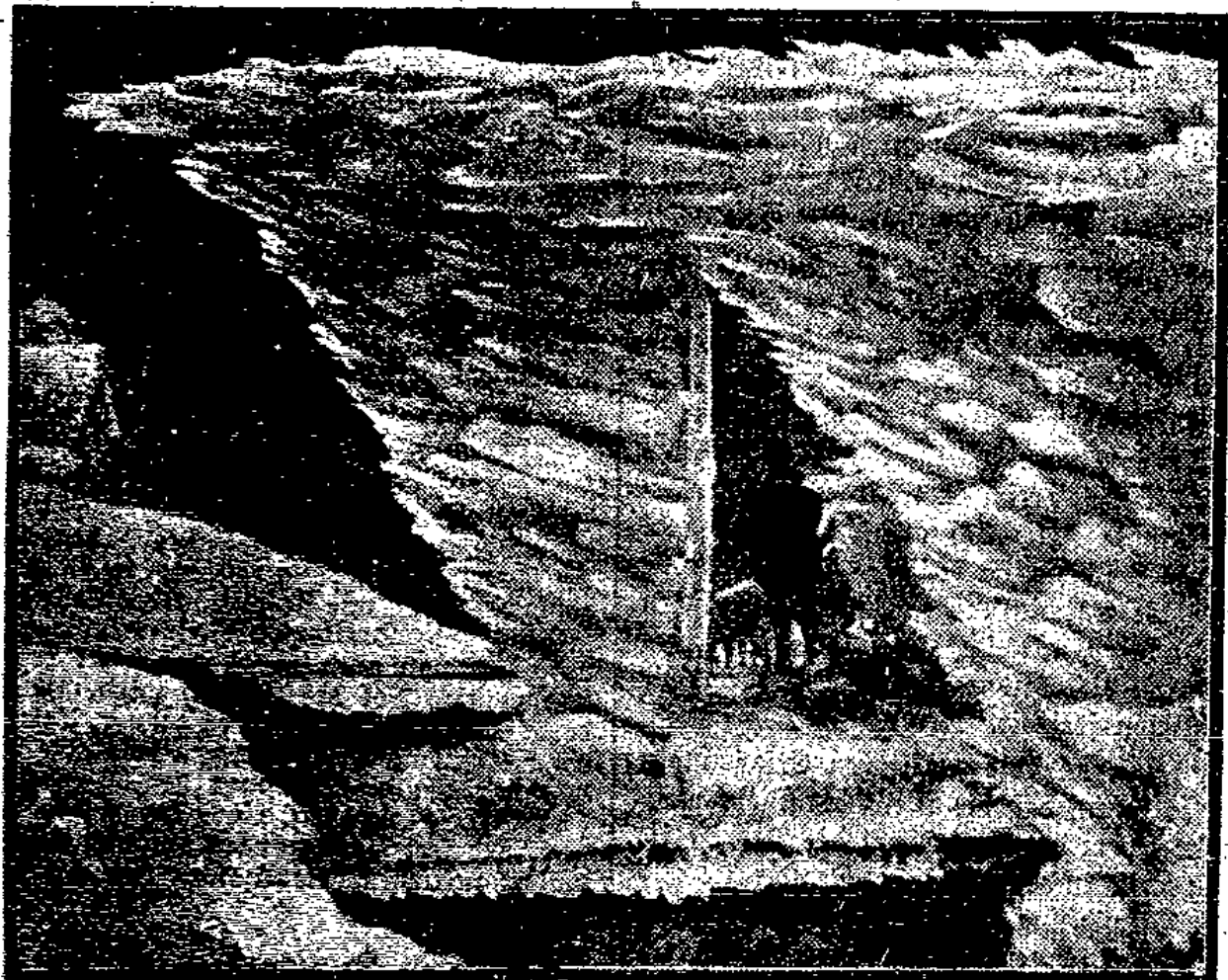
Die tanzenden Diebe

Beamte der Berliner Kriminalpolizei hoben nach längerer Beobachtung das an der Weidendamer Brücke gelegene Tanzinstitut „Romana“ aus. 20 Eindrehler und Hehler wurden festgenommen. Bedeutende Mengen Diebesgut — u. a. ein großer Vollen in Leipzig gestohlener Felle, außerdem mehrere Seidenballen — konnten beschlagnahmt werden.

Großfeuer

Ein Teil des Metallwerkes Julius und Albert Hirsch in Lufdenwalde (Mark) wurde durch Großfeuer eingestürzt. Der Schaden ist zum größten Teil durch Versicherung gedeckt.

Wenn der Schneesturm tagelang wütet



Mehrere Wissenschaftler überwintern gegenwärtig auf dem Gipfel des Mount Washington in Amerika, um hier wichtige meteorologische Untersuchungen zu machen. Unsere Aufnahme zeigt eigenartig geformte Eiszaken nach einem Sturm — im Hintergrund links sieht man die völlig eingeschneite Unterkunftshütte der Forscher.

Abenteuer von Joschi Delnuß und Peter Kohlischwarz

Von G. Th. Kolman



17. So kamen sie eines Tages am Fuß eines Hügel an, und gerade war Joschi im Begriff, auszureizen, weil Peter ihn nicht hinauszuziehen konnte, als ein hochgewachsener Burke auf sie zu kam. „Schalt“, so redete er den Peter an, „ich heiße Tommy Briggs. Darf ich mal in diesem Bogen vom Hügel herabfahren? Joschi und Peter sahen sich fragend an.

18. Dann erwiderte Peter: „Wenn du uns beide zuerst nach oben ziehst!“ „Abgemacht!“ sagte Tommy Briggs. Peter legte ein und setzte sich auf die Arme seines Freundes. Tommy ergriff das Seil, und — rrr! da ging's mit großer Schnelligkeit den Hügel hinauf! Wie dieser Briggs stark war! Es ging mit Windeseile, als ob sie in einem Auto fäßen. „Den müßten wir in unserer Firma haben!“ flüsterle Peter.